



Auswärtiges Amt

C.A.P.



Arbeitsgruppe Balkan

„Neuordnung von Staat und Nation in Jugoslawien“

Berlin, 29. Januar 2001

Gutachten

Serbischer Nationalismus nach dem Demokratischen Machtwechsel in Jugoslawien

von Florian Bieber

Kooperationsveranstaltung:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Centrum für angewandte Politikforschung, München
Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin

Serbischer Nationalismus nach dem demokratischen Machtwechsel in Jugoslawien

Ich bin überzeugt, daß wir alle von diesen stürmischen und allzu schwierigen Ereignissen genug haben... Wir brauchen Ruhe. Wir brauchen ein Leben in dem alle Aufregung aus unserem Privatleben kommt, in dem das öffentliche, politische Leben monoton, ja, sogar langweilig ist. Wir brauchen ein normales und zivilisiertes Land... Ein Land in dem die Regierung die Bevölkerung fürchtet, nicht die Bevölkerung die Regierung.
Vojislav Koštunica, Belgrad, 20.9.2000

Die neunziger Jahre im ehemaligen Jugoslawien waren durch vier Kriege, Diktatur und wirtschaftlichen Niedergang geprägt. Für diese Entwicklung wird weitgehend Nationalismus, insbesondere unter Serben verantwortlich gemacht. Auch nach Ende der Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sind die Beziehungen zwischen den Nationen gespannt und zahlreiche territoriale Fragen bleiben offen. Mit dem Kosovo-Krieg im Frühjahr 1999 verstärkten sich internationale Bemühungen durch den Stabilitätspakt für Südosteuropa die Länder des ehemaligen Jugoslawien. Trotz dieser Unterstützung für Kroatien, Bosnien, den Kosovo, Mazedonien und Albanien blieb deutlich, daß eine Normalisierung in der Region nur durch das Ende der Herrschaft von Slobodan Milošević möglich ist. In Folge wurde der Machtwechsel durch die jugoslawischen Wahlen am 24. September 2000 nicht nur in Jugoslawien selber, sondern auch international begrüßt und als der Beginn einer neuen Ära in Südosteuropa betrachtet. Obwohl das Regime Milošević im wesentlichen für die Konflikte der neunziger Jahre verantwortlich war, sind jedoch weiterhin territoriale und Minderheitenfragen offen und Nationalismus spielt in Serbien weiterhin eine bedeutsame Rolle.

Um die zukünftige Rolle des serbischen Nationalismus zu beurteilen gilt es zunächst die Dynamik des Nationalismus in Serbien genauer zu betrachten, die häufige anzutreffende monolithische Auffassung des Nationalismus zu hinterfragen und die Komplexität moderner Nationalbewegungen aufzuzeigen. Anschliessend wenden wir uns der Frage zu, welche Rolle Nationalismus innerhalb des siegreichen Oppositionsbündnisses spielt. Hierbei wird deutlich, daß sich unterschiedliche Auffassungen zur nationalen Frage in naher Zukunft zu einem der entscheidenden Gründe für ein Auseinanderbrechen der Opposition entwickeln können. In diesem Zusammenhang gilt es auch Alternativen zum nationalistischen Diskurs der politischen Landschaft Serbiens zu betrachten. Weiterhin werden wir die ungeklärten territorialen und Minderheitenfragen besprechen, die aufgrund des Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien bisher nicht geklärt werden können. Diese Problematik betrifft Gebiete innerhalb Serbiens wie die Vojvodina und den Sandžak, die Beziehungen zur anderen Republik Jugoslawiens, Montenegro, zur Republika Srpska in Bosnien, sowie zum Kosovo. Im Abschluss gilt es zu beurteilen, welche Rolle europäische Politik in Serbien spielen kann, um eine erneute Mobilisierung extremen Nationalismus zu vermeiden.

1. Formen und Alternativen des serbischen Nationalismus

1.1. Entwicklung des Serbischen Nationalismus

Entstehung des zeitgenössischen Nationalismus

Nationalismus war unter kommunistischer Herrschaft in Jugoslawien keineswegs inexistent. Somit kann von der Entwicklung in Serbien und anderen Republiken Jugoslawiens seit den achtziger Jahren nur von einer Stärkung nationalistischer Tendenzen die Rede sein, nicht jedoch von einer Wiederbelebung. Die Kontinuität des Nationalismus während der kommunistischen Phase Jugoslawiens widerlegt die These, daß Nationalismus allein von post-kommunistischen Eliten geschürt wurde und ansonsten keine Verwurzelung in der Bevölkerung besass.¹ Zugleich muss auch der häufig anzutreffende Erklärungsansatz abgelehnt werden, daß es sich bei dem Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien um ein vormodernes Phänomen handelt. Nationalismus ist ein modernes, im Sinne des 19. Jahrhundert, Phänomen, daß sich als Ideologie gesellschaftlichen Entwicklungen anpasst und in verschiedenen Formen ausdrückt. Sabrina Ramet hat Nationalismus mit Treibstoff verglichen:

...[A]s fuel, it can power different engines, driving them in different directions. At various times, scholars, politicians, and polemicist have linked nationalism to fascism or democracy or political atavism—and perhaps to other things as well. But none of these linkages are automatic. They are only *possible* linkages.²

Während die klassische Definition Nationalismus als Bewegung beschreibt, die Kongruenz von Staat und Nation zu schaffen,³ müssen zum Verständnis des Nationalismus einer Nation zu einem bestimmten Zeitpunkt weitere Faktoren hinzugezogen werden. So gilt es das Verhältnis zu anderen, insbesondere benachbarten, Nationen zu betrachten. Weiterhin müssen die Beziehungen zu anderen politischen Vorstellungen und Ideologien, wie Demokratie und Kommunismus, untersucht werden.

Der zeitgenössische serbische Nationalismus hat sich aus zwei Strömungen entwickelt. Die eine Strömung findet sich in der intellektuellen Kritik am kommunistischen Jugoslawien, insbesondere nach der Verfassung von 1974; die zweite Strömung lässt sich als die institutionellen Wurzeln des Nationalismus beschreiben.

Bedingt wurde die Stärkung des Nationalismus durch Faktoren, die teils direkt die Nation betreffen, wie der Umstand, daß ein grosser Teil der Serben im kommunistischen Jugoslawien ausserhalb von Serbien lebten, während andere Faktoren die Nation nur tangential berührten, jedoch den Nationalismus der vergangenen Jahrzehnte begünstigt haben, wie der wirtschaftliche Niedergang Jugoslawiens nach 1980 und der Zusammenbruch zuerst der kommunistischen Ideologie und später kommunistischer Herrschaft.

Die Kritik am bestehenden Jugoslawien unter serbischen Intellektuellen reicht weitaus weiter zurück, als die politischen Bestrebungen Slobodan Milošević Jugoslawien umzugestalten bzw. zugunsten eines gestärkten Serbiens zu zerschlagen. Spätestens

¹ Oliver Freeman, *La Société, cette Grande Absente. Essai Critique sur les Analyses Occidentales du Nationalisme Post-Communiste*, *Balkanologie*, Jhr. 1, Nr. 1 (Juli 1997), <http://www.chez.com/balkanologie/voli101.htm>.

² Sabrina Petra Ramet, *Nationalism and Federalism in Yugoslavia, 1962-1991*. (Bloomington 1992), S.213.

³ Ernst Gellner, *Nations and Nationalism* (Oxford 1993), S.1.

seit der Verabschiedung der vierten Verfassung des kommunistischen Jugoslawien 1974 haben bedeutende serbische Intellektuelle die Sinnhaftigkeit Jugoslawiens für die serbische Nation in Frage gestellt.⁴ Die Kritik, die nur teilweise die kommunistische Vorherrschaft in Frage stellte, richtete sich in erster Linie gegen die Dezentralisierung Jugoslawiens und die damit verbundene Stärkung der national konzipierten Republiken und Provinzen zu Lasten der serbischen Minderheitsbevölkerungen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Vojvodina und im Kosovo.⁵ Die zwei Reaktionen nationaler serbischer Intellektueller auf das kommunistische Jugoslawien spiegeln die Alternativen in serbischen intellektuellen Kreise seit dem Entstehen Jugoslawiens 1918 dar. Auf der einen Seite forderten einige eine Rezentralisierung Jugoslawiens, so daß die Rolle Serbiens in diesem Staat gestärkt wird. Auf der anderen Seite stand die Ablehnung Jugoslawiens als staatliche Lösung für die serbische Nation an sich und die Forderung eines serbischen Nationalstaates (mit weitgehend undefinierten Grenzen).⁶ Vor dem Tod Titos und den Unruhen im Kosovo blieb diese Kritik weitgehend ohne Öffentlichkeit. Mit beiden Ereignissen erhielten Intellektuelle ein grösseres Publikum für die nationale Kritik an Jugoslawien, wenn auch die jeweiligen republikanischen Institutionen oftmals diese zu unterbinden suchten. Die grösste Kontroverse um die nationale Frage bis dato wurde durch die Veröffentlichung des inoffiziellen Memorandums der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste 1986 ausgelöst. Obwohl das Dokument inhaltlich keine neuen Ideen formulierte, artikulierte sich hierin die Kritik intellektueller Kreise, insbesondere um den Schriftsteller Dobrica Ćosić, die seit den späten siebziger Jahren formuliert wurde. Im wesentlichen kritisierte das Memorandum die Dezentralisierung Jugoslawiens und führt die Benachteiligung von Serben, insbesondere im Kosovo, auf diese Entwicklung zurück. Trotz der scharfen Kritik am bestehenden System drückte sich im Dokument die Unsicherheit nationaler serbischer Intellektueller in der Formulierung einer Alternative zum Status-Quo aus.⁷

Die institutionelle Struktur Jugoslawiens nach 1974, und insbesondere nach dem Tod Titos 1980, trug nicht unwesentlich zur erneuten Profilierung des Nationalismus in Serbien und den anderen Republiken bei. Innerhalb der kommunistischen Partei Serbiens regten sich bereits 1974 Widerstände gegen die neue Verfassung. Diese Kritik führte zu einem „Blaubuch,, das erst 1990 veröffentlicht wurde. Hierin wurde die faktische Gleichstellung der Provinzen Kosovo und Vojvodina mit den Republiken Jugoslawiens scharf kritisiert. Das Dokument beklagte die hieraus folgenden Schmälerung der Kompetenzen und Bedeutung Serbiens gegenüber den anderen Republiken. Obwohl sich bis zum Aufstieg Milošević 1987/88 die Kritiker

⁴ Der jetzige jugoslawische Präsident Vojislav Koštunica gehörte zu jenen serbischen Kritikern der Verfassung von 1974, die Aufgrund ihrer Kritik ihren Posten an der Universität verloren. S. Betaweek, 3.8.2000.

⁵ Vgl. Audrey Helfant Budding, *Serb Intellectuals and the National Question, 1961-1981*. Unveröffentlichte Dissertation Harvard (Cambridge, Mass. 1998).

⁶ Aleksandar Pavković, *Intellectual Dissidence and the Serbian National Question*, Aleksandar Pavković, Halyna Koscharsky und Adam Czarnota (Hg.) *Nationalism and Postcommunism. A Collection of Essays* (Aldershot 1995), 131-136.

⁷ Das Memorandum und die Entwicklung rund um den Text aus der Sicht der Akademie findet sich in Kosta Mihailovic und Vasilije Krestic, *Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste* (Belgrad 1996); für die beste Analyse der Memorandums siehe Diane Masson, *Le Mémoire de l'Académie serbe des sciences et des arts de 1986. Tentative de reconstitution d'un prodrome au conflit dans l'ex-Yougoslavie*. Discussion Paper Series 47. Collegium Budapest (Budapest 1998). Koštunica bezeichnete das Memorandum als eine „kommunistische Kritik des Kommunismus,, Interview mit Vojislav Koštunica, 21.5.1998.

der Verfassung nicht durchsetzen konnten, wurden nach den Unruhen im Kosovo 1981 in Serbien die Verfassung bzw. die eigenständige Politik der autonomen Provinzen auch innerhalb von Parteikreisen offener angegriffen.⁸ Neben der Kritik an dem institutionellen System Jugoslawiens begünstigte die Verfassung auch die „Nationalisierung„ der politischen Lebens in Jugoslawien. Die Republiken, mit Ausnahme Bosniens, waren de-facto Nationalstaaten, die sich in einer schwächer werdenden Konföderation im Wettbewerb befanden.⁹ Die Schwächung der zentralen Organe, sowie die Rolle der Republiken als Vertreter der Nationen Jugoslawiens, hat gerade in Anbetracht der grossen Zahl von Serben ausserhalb Serbiens die „Ethnisierung„ der politischen Führung Serbiens gefördert.¹⁰

Obwohl die Entwicklung Jugoslawiens seit Ende der achtziger Jahre eng mit der Person Milošević verknüpft ist, sollte das institutionelle und intellektuelle Umfeld nicht vernachlässigt werden. Ohne diese Grundlagen ist der Aufstieg Milošević's beziehungsweise sein politischer Erfolg nicht erklärbar. Mit seiner Machtübernahme kam es zu einer Kooperation zwischen Vertretern der kommunistisch geprägten Institutionen in Serbien und nationalen Intellektuellen, die zuvor mehrheitlich in Opposition zum kommunistischen Regime standen. Der serbische Politikwissenschaftler Nenad Dimitrijević bezeichnete jene Phase als „Dance Macabre of the Grand Coalition„.¹¹ In den ersten Jahren seiner Herrschaft griff Milošević die Forderungen des Memorandums nach einer Rezentralisierung Jugoslawiens auf und stellte sich an die Spitze der wachsende Bewegung von unzufriedenen Kosovo-Serben. Somit gelang es der politischen Elite um Milošević die Kritik am System auf nationale Themen zu lenken und die Forderungen nach demokratischen Reformen in den Hintergrund zu drängen. Hierin erhielt er direkte und indirekte Unterstützung durch führende serbische Intellektuelle.

Obwohl die nationale Frage die politische Landschaft seit den späten achtziger Jahren fast ausschließlich bestimmt hat, fand ab 1989 eine Zersplitterung der politischen Landschaft und der Intellektuellenkreise über die Strategie in der Lösung der nationalen Frage statt. Oftmals wird diese Fragmentierung auf die Abhaltung der ersten Mehrparteien-Wahlen und die Bemühungen Milošević's die politische Landschaft durch Zersplitterung besser kontrollieren zu können zurückgeführt. Die zentrale Ursache dürfte jedoch in der Vielfältigkeit der Ziele der unterschiedlichen nationalen Strömungen zu finden sein. 1989 hatte das Regime die gemeinsamen Grundforderungen serbischer Nationalisten erfüllt: die Abschaffung bzw. drastische Reduktion der Autonomie der Vojvodina und des Kosovo, sowie die enge Anbindung Montenegros. Auch innenpolitisch wurde fast alle Ausdrucksformen des serbischen Nationalismus wiederzugelassen und die serbisch-orthodoxe Kirche erhielt einen größeren Spielraum als zuvor. Unter den zuvor weitgehend vereinten nationalen Intellektuellen, die eine führende Rolle in den wichtigsten Oppositionsparteien einnahmen, herrschte über die weitere Vorgehensweise jedoch kaum Einigkeit.¹²

⁸ Veljko Vujacic, Institutional Origins of Contemporary Serbian Nationalism, East European Constitutional Review, Jhrg. 5, no. 4, Herbst 1996, S. 57-59.

⁹ Vgl. Ramet, Nationalism and federalism in Yugoslavia. Numerisch besass nur Slowenen eine Republik in der sie über 90 % der Bevölkerung stellten. Alle anderen Republiken (ohne Bosnien) besaßen jedoch ein dominante Nation.

¹⁰ Vesna Pesic, Serbian Nationalism and the Origins of the Yugoslav Crisis, USIP Working Paper (April 1996), Teil 2. www.usip.org/oc/sr/pesic/pesic2.html.

¹¹ Nenad Dimitrijevic, Words and Death: Serbian Nationalist Intellectuals. Andras Bozóki (Hg.) Intellectuals and Politics in Central Europe (Budapest 1999) S. 132.

¹² Der Schriftsteller Vuk Drašković gründete die Serbische Erneuerungsbewegung, während die Mehrheit belgrader (nationaler und nicht-nationaler) Intellektueller die Demokratische Partei ins

Generell liessen sich bis zum Beginn des Kriegs in Bosnien drei verschiedene Zielrichtungen des serbischen Nationalismus identifizieren:

- 1) Stärkung und Rezentralisierung Jugoslawiens,
- 2) die Vereinigung von Gebieten die von Serben bewohnt werden und
- 3) der Bruch mit Kommunismus und die Errichtung eines Nationalstaates in Serbien (Republik Serbien mit Kosovo und Vojvodina).

Mit dem endgültigen Zerfall Jugoslawiens, symbolisiert durch den Krieg in Bosnien ab April 1992, entfiel die erste Option.¹³ Neben der Frage der territorialen Zielrichtung des serbischen Nationalismus spielte der Umgang mit der Vergangenheit eine bedeutsame Rolle bei der Spaltung der Nationalbewegung.¹⁴ Aufgrund des Partisanenkrieges bestand in Serbien, im Unterschied zu anderen Länder Mittel- und Osteuropas, eine Tradition des ‚linken‘ Nationalismus, der sucht das Erbe der Partisanen aufrecht zuerhalten und zugleich eine nationale Linie zu verfolgen.¹⁵ Auf der anderen Seite bemühten sich andere serbischer nationale Intellektuelle um die Rehabilitierung der Četniks, die im 2. Weltkrieg gegen die Partisanen kämpften, sowie einen radikalen Bruch mit der kommunistischen Herrschaft.¹⁶

Mit Beginn der Kriege im Sommer 1991 unterliefen die verschiedenen Ausprägungen des serbischen Nationalismus einer Transformation. Durch das Entstehen der serbischen Republik in der Krajina in Kroatien im Herbst 1991 und die Republika Srpska in Bosnien ab April 1992 schienen die maximalen Grenzen eines zukünftigen Serbiens definiert zu sein. Die Differenzen zwischen drei bzw. vier „serbischen Staaten“, (Krajina, Republika Srpska, Serbien und Montenegro), nicht nur auf der Ebene der politischen Führung verhindert eine Vereinigung dieser Parastaaten. Internationaler Druck, die Kriegswende 1994/5 und die interne Instabilität der serbischen Parastaaten westlich von der Drina in Kroatien und Bosnien machten eine Konsolidierung der durch ethnische Säuberungen errungenen Territorien unmöglich und führten schliesslich im Sommer 1995 zum völligen Zusammenbruch der serbisch-kontrollierten Gebiete in Kroatien und eine empfindliche Schwächung der Republika Srpska in Bosnien. Diese Entwicklung kulminierte schliesslich Ende 1995 im Daytoner Friedensvertrag für Bosnien und dem Abkommen von Erdut für Kroatien.

Territoriale Ansprüche an Kroatien durch serbischen Nationalismus sind durch die Forderung auf eine Flüchtlingsrückkehr ersetzt worden. Obwohl nationalistische Intellektuelle den Zusammenbruch serbischer Herrschaft in Kroatien weitgehend auf den Verrat Milošević zurückführen, spielt im nationalistischen Diskurs Kroatien nach 1995 nur eine untergeordnete Rolle. Durch die internationale Anerkennung der Republika Srpska als eine der beiden Entitäten Bosniens richtet sich der serbische Nationalismus, der sich auf die serbischen Gebiete ausserhalb Serbiens konzentriert, in erster Linie auf die engere Anbindung der Entität an Jugoslawien und Obstruktion bosnischer Institutionen.

Leben riefen. Einige serbische Intellektuelle standen auch der Sozialistischen Partei Serbiens nahe oder nahmen führende Positionen ein.

¹³ In Folge besass die Schaffung des 3. Jugoslawiens durch Serbien und Montenegro kaum Unterstützung in serbischen Intellektuellenkreisen. Siehe Florian Bieber, *Failed Transition and the Multiple Legitimacy Crisis of Post-1992 Yugoslavia*, 2nd Kokkalis Workshop, Harvard, Februar 2000.

¹⁴ Aleksandar Pavković, *From Yugoslavism to Serbism: the Serb national idea 1986-1996*, *Nations and Nationalism* Jhrg. 4, Nr. 4 (1998), S. 511-528.

¹⁵ Hierzu zählen unter anderem Dobrica Ćosić und Mihailo Marković.

¹⁶ Neben Drašković lassen sich so unterschiedliche Intellektuelle wie Matija Bećković und Vojislav Koštunica hierzu zählen.

Zugleich fand in Bezug auf die innenpolitische Lage Serbiens ein Wandel statt. Mit der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste gegen das Regime im März 1991 und durch die Abkehr Milošević von der serbischen Führung in Bosnien und Kroatien nach 1993 fand der endgültiger Bruch der überwältigenden Mehrheit nationaler Intellektueller mit Milošević statt. Obwohl einige nationalistische Intellektuelle deutlich die „Lösung„ der nationalen Frage vor die Demokratisierung des Staates gestellt haben, setzte Milošević's doppleter Bruch mit Serben ausserhalb Serbiens und innerhalb der Republik durch Unterdrückung der politischen Opposition den Schlusspunkt unter die Beziehungen zwischen nationalistischen Intellektuellen und dem Regime. Die Dominanz nationaler Intellektueller in der Opposition bedeutete jedoch, daß das Regime in erster Linie für das Versagen in der nationalen Frage und erst sekundär für fehlende Demokratisierung angegriffen wurde.

Ab 1994/5 findet sich eine Ausprägung des serbischen Nationalismus in der Opposition, die Milošević vorwirft die nationale Frage zum eigenen Machterhalt misbraucht zu haben und der serbische Nation in Folge grossen Schaden beigelegt zu haben. Auf der anderen Seite bezog das Regime eine „partiotische Linie,, die an die Element der Staatstreue im serbischen Nationalismus appelierte. Diese Linie warf der Opposition Verrat vor, wenn sie das Regime kritisierte und Kontakte zum Westen unterhielte. Mit der Verlagerung des nationalen Konfliktes von Kroatien und Bosnien in den Kosovo gelangte ein Nationalismus in den Vordergrund, der die Staatstreue gegenüber ethnischem Nationalismus betonte. Während oppositionellen nationalistische Intellektuelle eine Teilung des Kosovo oder eine andere territoriale Lösung diskutierten, bestand das Regime auf der „territorialen Integrität Serbiens,, und forderte von allen Minderheiten, allen voran Albanern, Loyalität zu Jugoslawien.¹⁷

Nationalismus am Ende der Ära Milošević

Obwohl während des Eskalation des Kosovo-Konfliktes ein grossteil nationaler Intellektueller und Politiker die Politik des Regimes direkt oder indirekt unterstützen, entstand keine erneute Allianz von Regime und nationalen Intellektuellen wie zehn Jahre zuvor.¹⁸ Der Verlust des Kosovo hat einerseits die letzten schwerwiegende territoriale Frage zu ungunsten des serbischen Nationalismus „gelöst,, und andererseits verdeutlicht, daß „nationale Frage,, aus der Sicht der verschiedenen Interpretationen des serbischen Nationalismus mit dem Regime Milošević nicht oder wenn nur zum Schaden Serbiens gelöst werden können. Dies führte zu einer Koalition von liberalen oppositionellen Kräften, die durch die Proteste 1996/7 an Einfluss zugenommen haben, und der nationalistischen Opposition. Diesem Bündnis ist es nach zehn Jahren im September 2000 erstmals gelungen Milošević deutlich zu besiegen und genügend Kräfte zu mobilisieren, um einen Machtwechsel herbeizuführen.

Der zeitgenössische Nationalismus in Serbien ist weiterhin von einer starken staatlichen und einer ethnischen Komponente geprägt.¹⁹ Diese beiden Elemente des serbischen Nationalismus artikulierten sich in den neunziger Jahren, wie bereits erwähnt, in zwei Richtungen. So beschäftigte sich eine Ausprägung in erster Linie mit Serben ausserhalb des engeren Serbiens, insbesondere in Kroatien und Bosnien-Herzegovina. Ziel war hierbei entweder die Einbindung der Serben „jenseits der

¹⁷ Repräsentativ hierfür ist der Diskurs von JUL und Mirjana Marković, siehe z.B. Borba 19.7.2000.

¹⁸ Vgl. Vladimir Ilić, Srpska Opozicija toko i posle NATO bombardovanja, Sonja Biserko (Hg.) Potencijal za Promene. Helsinške Sveske 2 (Belgrad, 2000), 87-90.

¹⁹ Ich danke Dušan Bataković für diesen Hinweis.

Drina,, in einen vergrößerte serbischen Staat oder (vorerst) die Schaffung von lebensfähigen serbischen para-Staaten in Kroatien und Bosnien. Diese Formulierung des serbischen Nationalismus deckt sich mit der klassischen Nationalismusdefinition, die Nationalismus als Streben nach der Übereinstimmung von Nation und Staat beschreibt. Die zweite Strömung, von Aleksandar Pavković als „enger Serbismus,, (*narrow Serbism*) bezeichnet, setzt sich vorrangig mit der Konstruktion des Nationalstaates *innerhalb* der gegenwärtigen Grenzen der Republik Serbien (inklusive Kosovo) auseinander.²⁰ Diese Ausprägung richtete sich meist gegen das Regime, daß nur unzureichend nationale Komponenten in das post-kommunistische Serbien eingebracht hatte.²¹ Weiterhin fordert die „engere,, staatliche Konzeption des serbischen Nationalismus die Loyalität der Minderheiten ein.²²

Nach Ende der Kriege um Kroatien, Bosnien und den Kosovo sind beide Ausrichtungen des serbischen Nationalismus geschwächt worden. Weder ist es gelungen die Serben ausserhalb Serbiens in den Staat einzubinden, noch ist es dem serbischen Nationalismus gelungen, das Territorium der Republik Serbien zu schützen und die Loyalität der grössten Minderheit und sichern.

In Folge wird sich serbische nationale Identität in den kommenden Jahren weiter ändern. Die Frage der Serben ausserhalb Serbiens und im Kosovo wird sich, in Fortsetzung der Entwicklung seit 1996, in erster Linie in der Forderung nach dem Schutz der serbischen Minderheiten in Kroatien, Bosnien und im Kosovo artikulieren. Durch das de-facto Ende serbischer Herrschaft über den Kosovo ist Serbien heute stärker ein Nationalstaat als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem ersten Balkankrieg 1912. Die verbliebenen Minderheiten haben im vergangenen Jahrzehnt ihre Zugehörigkeit zu Serbien weitgehend akzeptiert, so daß im Serbien (ohne Kosovo) eine weitere Sezession unwahrscheinlich ist. So konzentriert sich die Hauptstossrichtung des zeitgenössischen serbischen Nationalismus auf den Aufbau eines serbischen Nationalstaates innerhalb der Republik Serbien ohne Kosovo und die Verteidigung der Minderheitenrechte von Serben ausserhalb dieses engeren Territoriums.

Nationalismus und Serbische Opposition

Politische Beobachter der Opposition in Serbien griffen in den vergangenen Jahre öfters die Opposition für ihren Nationalismus und fehlender Strategie gegenüber dem Milošević Regime an. Umso stärker überraschte die starke Mobilisierung der Bevölkerung für Koštunica und die Demokratische Opposition im September 2000. Nur vier Monate zuvor, als das Regime den letzten unabhängigen Belgrader Fernsehsender Studio B und die Radiostation B2-92 schloss, schien die Opposition noch unfähig zu sein, sich geschlossen zu präsentieren und eine ausreichende Zahl von Bürgern zu mobilisieren.²³

Vladimir Ilić in einer Studie der Opposition während des Kosovo Krieges wirft ihr vor, sie wurde unter zu viel Ethno-Nationalismus und zu wenig gesundem modernem

²⁰ Aleksandar Pavković, From Yugoslavism to Serbism: The Serb National Idea 1986-1996, Nations and Nationalism, Jhrg. 4 no. 4 (1998), 511-528.

²¹ Hierbei wird oftmals die geringe Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche in Erziehung und öffentlichem Leben, sowie das Festhalten an kommunistischer Symbolik genannt.

²² Diese Spaltung zeigt sich im Umgang mit der Frage des Kosovo. Während einige nationale Intellektuelle offen eine Teilung des Kosovo zwischen Serben und Albanern vorschlugen (Dobrica Ćosić), hielten andere an den bestehenden Grenzen Serbiens fest (Mihailo Marković).

²³ New York Times, 28.5.2000.

Populismus leiden.²⁴ Ähnlich bezeichnete Dušan Pavlović, die Opposition als die vierte Säule des Regimes.²⁵ Die Opposition besass vier zentrale Schwächen in den neunziger Jahren:

- 1) keine kohärente Strategie,
- 2) interne Uneinigkeit,
- 3) ein ungeklärtes Verhältnis zum Regime und
- 4) die Unfähigkeit mit der nationalen Frage überzeugend umzugehen.

Die interne Uneinigkeit der Opposition artikuliert sich in den neunziger Jahre durch eine zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft in kleine Parteien, die sich in erster Linie durch ihren Vorsitzenden auszeichnen. Die Fragmentierung der Opposition bedingte sich neben persönlichen Rivalitäten in erster Linie aus der Kooperation von Mitgliedern der Opposition mit dem Regime²⁶ und unterschiedlicher Auffassung zum Umgang mit der nationalen Frage.

Die ehemalige Opposition lässt sich bis in die Mitte der neunziger Jahre in drei Strömung gruppieren:

- 1) Nationale Opposition
- 2) Demokratische Opposition
- 3) Reformorientierte Opposition²⁷

Einige Parteien fluktierten zwischen den Strömungen in den neunziger Jahren, bedingt durch die Position des Parteivorsitzenden, das politische Klima und die Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo. In den ersten Jahren des Mehrparteiensystems gehörte die Serbische Erneuerungspartei, sowie auch die Radikale Partei—insofern sie als Oppositionspartei kategorisiert werden kann—zur ersten Gruppierung.²⁸ Die Demokratische Partei Serbiens von Vojislav Koštunica, die 1992 entstand, bewegte sich zwischen der demokratischen und nationalen Opposition. Weitere kleine nationale Oppositionsparteien entstanden in den frühen neunziger Jahren, konnten jedoch keine nennenswerte Rolle in der politischen Landschaft Serbiens spielen. Parteien innerhalb dieser Gruppierung sahen in der Lösung der nationalen Frage die absolute Priorität und räumten Demokratisierung nur eine untergeordnete Rolle ein. Aus der Opposition heraus lässt sich die Unterordnung der Demokratisierung in anbetracht der eigenen Marginalisierung durch das Regime nicht lange verfolgen. In Folge wurde dieser Flügel schnell geschwächt und besass in Folge nur einen geringen politischen Einfluss.

²⁴ Vladimir Ilić, *Srpska Opozicija toko i posle NATO bombardovanja*, Sonja Biserko (Hg.) *Potencijal za Promene*. Helsinške Sveske 2 (Belgrad 2000), S. 131.

²⁵ Reporter, 1.3.2000.

²⁶ So trat die Neue Demokratie 1993 der Regierung bei, auch einige vormalige Mitglieder der DS wurden Regierungmitglieder. 1997/8 verhandelte die SPO über einen Regierungseintritt, 1999 trat sie kurzfristig der jugoslawischen Regierung bei. Auch trugen geheime Verhandlungen mit dem Regime (bzw. die Anschuldigung dessen) durch SPO und DS zum Auseinanderbrechen der Koalition Zajedno 1997 bei.

²⁷ Vgl. Dijana Vukomanović, *Nastanak Političkih Partija*, in Vladimir Goati (Hg.), *Partijski Mozaik Srbije, 1990-1996* (Belgrad 1997), S. 29-39. So gehören der Koalition DOS 18 Parteien an.

²⁸ Die Radikale Partei wurde 1991/2 durch die Sozialistischen Partei und die Regimemedien gefördert. In Jahren 1992/3, sowie zwischen 1998 und 2000, kann die Partei als Regimepartei gewertet werden, zuerst durch die Unterstützung der sozialistischen Minderheitsregierung und nach 1998 als Koalitionspartner.

Die zweite Gruppe umfasst die wichtigsten politischen Kräfte und hat in den neunziger Jahre eine ambivalente Position gegenüber Nationalismus eingenommen. Die wichtigste Partei stellt die Demokratische Partei dar, um die sich kleiner Partei, inkluse ihre Abspaltungen, wie die Demokratische Partei Serbien und das Demokratische Zentrum, gruppieren. Die Demokratische Partei und andere Kräfte dieser Strömung haben der internen Demokratisierung Serbiens stets grössere Bedeutung als die nationale Frage eingeräumt. Trotzdem unterstützten die Demorkatische Partei gelegentlich die nationale Politik des Regimes oder versuchte durch die Übernahme nationaler Positionen, das Regime zu kritisieren, wie durch ihre Kooperation mit der Serbischen Demokratischen Partei von Radovan Karadžić 1994/5.

Die letzte Gruppierung ging aus den reform-orientierten Parteien hervor, die den letzten gesamtjugoslawischen Ministerpräsidenten Ante Marković unterstützten. Neben der Bürgerallianz Serbiens entstanden die kleine Sozialdemokratische Union und die Sozialdemokratische Liga der Vojvodina. Diese Parteien, deren Einfluss stets gering blieb, gehörten zu den schärfsten Kritikern des Nationalismus in Serbien und betonten die zivilgesellschaftliche Komponente innerhalb der Opposition.

Durch die fortschreitende Zersplitterung der Opposition in den späten neunziger Jahren ist seit 1997 ein neues Bild entstanden. Nach wie vor lassen sich die Oppositionsparteien nicht nach einem klassischen links-rechts Schema verstehen, wenn auch einige Parteienamen dies suggerieren mögen. So bestehen in den Jahren vor den Wahlen vom September 2000 folgende Oppositionsströmungen:

- 1) Radikale Opposition zum Regime (Ablehnung von Politik & Zusammenarbeit)
- 2) Gemässigte Opposition (Ablehnung der Politik, jedoch Zusammenarbeit)
- 3) Gemässigte Opposition (Ablehnung der Zusammenarbeit, jedoch politische Übereinstimmung)²⁹

Durch das Zerschlagen der Koalition Zajedno und den Wahlboykott 1997 zahlreicher Oppositionsparteien entstand die radikale Opposition. Die radikale Opposition lehnte jegliche Kooperation mit dem Regime ab und setzt sich für einen radikalen Wandel in der serbischen Politik ein. Die nationale Frage innerhalb dieser Gruppierung nimmt einen untergeordneten Rang ein und die Priorität liegt auf politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen. So betonte Vladan Batić, Vorsitzender der Christdemokratischen Partei und führendes Mitglied des Bündnis für den Wandel, in einem Interview Ende 1999, daß der Kosovo nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nach seiner Meinung spielen anderen Fragen, wie Armut, sinkende Lebensstandards, Verbrechen und Korruption, Demokratie und Menschenrechte, sowie die Wiedereingliederung in internationale Organisationen und die Rückkehr von Serben aus der Emigration bzw. Exil eine wichtigere Rolle.³⁰ Kern dieser Gruppe ist die Demokratische Partei und die von ihrer mitbegründete Bündnis für den Wandel, die kleiner Parteien und Einzelpersonen einbindet (so Milan Panić und Dragoslav Avramović). Neben Abspaltungen der Demokratischen Partei gehören zu dieser Strömung die reformorientierten Parteien, sowie einige Neugründungen, die meist von ehemaligen Persönlichkeiten des Regimes gegründet wurden (Vuk Obradović, Momčilo Perišić und Nebojša Čović). Die hier vereinten Parteien bilden den Kern der

²⁹ Diese Begriffe werden in den Umfragen des Centar za Proučavanje Alternative verwandt, um von kooperationswilligen Oppositionsparteien, in erster Linie der SPO und DSS, zu unterscheiden. S. Srećko Mihailović, Politička I Sranačka Identifikacija, in Srećko Mihailović (Hg.), Javno Mnenje Srbije. Između razočarenja I nade (Belgrad 2000), S. 47.

³⁰ Vreme, 13.11.1999.

Demokratischen Opposition Serbiens, die die Wahlen im September 2000 gewonnen hat.

Die zweite Strömung steht inhaltlich der Politik des Regimes kritisch gegenüber, jedoch nicht so radikal wie die erste Gruppe. Diese Orientierung wird durch die serbische Erneuerungsbewegung von Vuk Drašković repräsentiert, die seit 1997 eine Zusammenarbeit mit dem Regime gesucht hat. Trotz inhaltlicher Kritik an der Politik der Sozialistischen Partei und insbesondere der neokommunistischen JUL, war diese Partei bis Ende 1999 bereit mit dem Regime zusammenzuarbeiten. Mit den Anschlägen auf Drašković im September 1999 und Juni 2000 schwenkte die Partei auf einen Boykott der Institutionen und zuerst auch der Wahlen, lehnte zugleich eine enge Zusammenarbeit mit der Opposition ab und wandte sich auch gegen breite anti-Regimedemonstrationen.³¹

Die letzte Strömung lehnt jegliche Zusammenarbeit mit dem Regime gleichermassen grundsätzlich wie die radikale Opposition ab, vertritt jedoch eine nationalistischere Linie. Diese nationale Linie, vertreten durch die Demokratische Partei Serbiens, führte dazu, daß es im Fall der Kosovo Krise 1998 das Regime partiell unterstützte. Vojislav Koštunica betonte auch nach Ende des Kosovo Krieges, daß sich die Opposition der nationalen Frage stellen und der Bevölkerung erklären muß, daß Milošević die Bevölkerung in der nationalen Frage belogen hat.³² So prangerte die DSS ausführlich das Versagen der internationalen Verwaltung im Kosovo an.³³ Die Demokratische Partei Serbiens stand seit 1996 einer Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsparteien eher kritisch gegenüber und schloss sich erst im Oppositionsabkommen vom Januar 2000 mit den anderen Parteien der Opposition zusammen.

Die Demokratische Opposition Serbiens (DOS), die sich aus der ersten und dritten Strömung innerhalb der Opposition zusammensetzt, repräsentiert die hierin liegende Gespaltenheit im Umgang mit der nationalen Frage. Die meisten Parteien der radikalen Opposition setzten im Wahlkampf inhaltlich einen Schwerpunkt auf die Formulierung wirtschaftlicher und sozialer Alternativen, und somit gegen den „partiotischen“ Wahlkampf der Regimeparteien. Der Präsidentschaftskandidat Koštunica hingegen ging auf die nationale Frage ein und kritisierte das Regime für das Versagen in nationalen Belangen.³⁴ Trotz der nationalistischen Linie Koštunica betonte er im Wahlkampf den Vorrang für eine Normalisierung des politischen Lebens in Serbien und verzichtet auf die Projektion historischer Größe und andere

³¹ Seit dem Rückzug Drašković nach Montenegro infolge des ersten Anschlags hat die Partei stark Einfluss und Glaubwürdigkeit eingebüsst, was sich zuletzt bei den Wahlen artikuliert. S. Zoran Kusovac, Serbia's Inadequate Opposition, *Jane's Intelligence Review*, 27.7.2000.

³² „In Serbia however, the national question will have a significant impact because of the situation in which Serbia is because of the bombing, because of the propaganda of Milošević. One cannot put it aside. We must have an answer to that. Large part of the Serbian opposition is not aware of this fact. So it is underestimating the importance of the national issue. We have to try to find, and this is the position of the DSS, to find the possibility to compromise between the importance of the national issue and the importance of Serbia being a normal member of international organisations, EU, etc. I think that part of the opposition underestimated this national issue of Kosovo.“ Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000.

³³ Siehe z.B. die Presserklärung Kouchner Amputates Kosovo, *Information Service of the Democratic Party of Serbia*, 7.4.2000.

³⁴ Die Kritik Koštunicas an den NATO-Luftangriffen 1999 führte dazu, daß er öfter als andere Oppositionspolitiker im Staatsfernsehen gezeigt wurde. Die somit im öffentlichen Bewusstsein verankerte kritische Haltung Koštunicas gegenüber der NATO erschwerte es dem Regime ihm im Wahlkampf fehlenden Partiotismus zu unterstellen. Entsprechend warf der kritischste Artikel in den Regimemedien Koštunica vor sein Frau zu betrügen, sich mit 17 Katzen zu umgeben und ein ewiger Lügner zu sein. *Politika*, 17-18.9.2000.

Elemente, die in den neunziger Jahre von nationalen Intellektuellen und Politikern betont wurden.³⁵

Einigend wirkte in erster Linie die unmissverständliche Ablehnung des Regimes und jeglicher Kooperation mit der Sozialistischen Partei und seinen Koalitionspartnern.³⁶

Die Niederlage der Sozialistischen Partei und ihrer Partner, sowie der serbischen Erneuerungsbewegung, bei den Wahlen 2000 wird mittelfristig eine neue Parteienlandschaft in Serbien entstehen lassen. Die Oppositionskoalition stellt hierbei den Kern der zukünftigen Parteien in Serbien dar. Mit dem Wegfall der Herrschaft von Slobodan Milošević entfällt das wichtigste einigende Merkmal und eine Differenzierung der Parteien wird einsetzen.³⁷ Die Demokratische Partei Serbien und möglicherweise die serbische Erneuerungsbewegung haben das Potential das konservative Spektrum der politischen Szene abzudecken. Die Demokratische Partei und einige Partner positionieren sich der politischen Mitte und als Liberale. Lediglich sozialdemokratische Kräfte sind innerhalb der Opposition nur schwach ausgeprägt und in kleine Parteien zersplittert. Die nationale Frage hat mit Ende der Herrschaft Milošević keinesfalls aufgehört eine Rolle in der politischen Landschaft zu spielen— sie wird ein Element der Differenzierung der Oppositionskoalition sein. Die Instrumentalisierung von Nationalismus gegen politische Gegner, wie dies von der Sozialistischen und Radikalen Partei betrieben wurde, ist jedoch, wie im Wahlkampf deutlich wurde, unterlegen. Auch die neo-traditionalistische Linie, wie sie durch die serbische Erneuerungsbewegung vertreten wurde, ist durch die Wahlen marginalisiert worden. Diese Entwicklung bestätigt sich in Meinungsumfragen, die einen Wandel in der öffentlichen Meinung gegenüber Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft und politischen Prioritäten festgestellt haben.³⁸

1.2. Alternativen zum Nationalismus in Serbien

Politische und Zivilgesellschaftliche Alternativen

Obwohl Nationalismus eine bestimmenden Rolle in politischen Leben Serbiens im vergangenen Jahrzehnt gespielt hat, konnten sich Alternativen formulieren, die sich eindeutig gegen den extremen Nationalismus gewandt oder andere Prioritäten gesetzt haben und somit Nationalismus eine geringere Rolle zugeordnet haben. Diese Alternativen finden sich sowohl in der politischen Landschaft der ehemaligen Opposition, wie auch in den eng verknüpften Organisationen der im entstehen begriffenen Zivilgesellschaft.

Bereits Anfang der neunziger Jahre formulierte sich das sogenannte „andere Serbien,, bestehend aus Menschenrechts, Frauen und Antikriegsorganisationen, sowie Intellektuellenkreisen, in Belgrad und in anderen urbanen Zentren, sowie in der Vojvodina.³⁹ Auf der Ebene politischer Parteien entstanden, wie erwähnt, eine Reihe von Parteien, die sich explizit gegen die Domnanz des Nationalismus aussprachen.

³⁵ Siehe das einleitende Zitat Koštunica, Text der letzten Wahlkampfrede.

³⁶ Political Team 2000, Newsletter 13/2000.

³⁷ Bereits vor dem Bildung der Oppositionskoalition bestand eine Differenzierung, ausgedrückt in der hohen Zahl an Parteien.

³⁸ Vor die Wahl gestellt, was für Prioritäten für einen Wandel die Befragten haben, gaben 30% Demokratisierung, 28% Einführung der Marktwirtschaft, 16% die Lösung der nationalen Frage und 7% den Status-Quo als Antwort. (September 1999), Siehe Srećko Mihailović, *Politička I Sranačka Identifikacija*, in Srećko Mihailović (Hg.), *Javno Mnenje Srbije. Između razočarenja I nade* (Belgrad 2000), 222; Slobodan Cvejić, Marija Babović, *The Survival Strategies of Households in Serbia in the Year 2000* (Belgrad 2000).

³⁹ Zur Entstehung es „anderen Serbien“ siehe Une Autre Serbie, *Les Temps Modernes*, Jhrg. 49, Nr. 570-571 (1994).

Trotz bzw. wegen dieser Vielzahl an Parteien konnten diese Gruppierungen nur eine eingeschränkte Zahl von Wählern ansprechen.⁴⁰ Den Parteien gelang es bis zum Herbst 2000 weiterhin nicht eine programmatische Alternative zur Regime und dominanten Nationalismus zu formulieren, die in Serbien mehrheitsfähig gewesen wäre. Gründe hierfür sind nicht in erster Linie in der Abwesenheit von Nationalismus im Parteiprogramm zu suchen. Vielmehr beschränkten sich die Parteistrukturen im wesentlichen auf Belgrad und die inhaltliche Plattformen konnten nur schwer die verarmte Bevölkerung ausserhalb der Hauptstadt mit einer eher intellektuellen Inhalten ansprechen.⁴¹

Die Zivilgesellschaft in Serbien war im vergangenen Jahrzehnt von ähnlichen Probleme wie die oppositionellen Parteien geprägt. Die Vielzahl an Nichtregierungsorganisationen, die in Belgrad entstanden, kritisierten das Regime mit einem hohen intellektuellen Anspruch, der nur schwerlich über die bereits überzeugten Gegner der nationalistischen Politik hinausging.⁴² Ähnlich wie nationale Intellektuelle vor dem Durchbruch ab 1980, konnten die anti-nationalistischen Intellektuellen ihre Kritik in Belgrader Kreisen weitgehend ungestört verfolgen, jedoch ihren Einfluss nicht ausdehnen.⁴³ Die gescheiterten Bürgerproteste im Winter 1996/7 stellen in der Entwicklung der Zivilgesellschaft jedoch einen Wendepunkt dar. Die Proteste verdeutlichten zweierlei Entwicklungen. Ersten zeigte es Akteuren der Zivilgesellschaft, daß in gesamt Serbien, nicht nur in Belgrad, hunderttausenden Menschen bereit sind gegen die offensichtliche Missachtung ihrer politischen Rechte über Monate hinweg zu protestieren. Zweitens wurde das Vertrauen in die politische Führung der Opposition zutiefest gestört. Diese doppelte und scheinbar widersprüchliche Entwicklung hat eine neue Welle an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, nun auch verstärkt ausserhalb von Belgrad, hervorgerufen. Dort konnten der Wahlsieg der Opposition bei den Lokalwahlen 1996 die Dominanz des Regimes langsam aufgeweichen.⁴⁴

Angetrieben durch den weiteren Niedergang Serbiens in Folge des Kosovo Krieges beschleunigte sich die Entwicklung der Zivilgesellschaft. So entstanden in zahlreichen Provinzstädten Serbien alternative Bürgerparlamente, die die Politik des Regimes

⁴⁰ Da die meisten Partei entweder so gut wie nie alleine oder überhaupt nicht bei Wahlen antraten, ist ihre Unterstützung schwer zu beurteilen. In einer der letzten Umfragen bei den die Oppositionspartei getrennt aufgelistet wurden gab der GSS 3,1%, SD 1,2%, LSV 1% bei 30,1% unentschiedenen Wählern. Blic, 19.7.2000. Die Teilnahme der Parteien an dem erfolgreichen Wahlbündnis DOS dürfte die Beliebtheit jedoch gesteigert haben.

⁴¹ Um einen grösseren Einfluss zu erlangen, nahm die GSS an diversen Oppositionskoalitionen (DEPOS, 1992-1993 und Zajedno, 1996-1997) teil, wobei die Partei jedoch drohte durch ihre geringen Grösse in den Bündnissen ihr Profil zu verlieren.

⁴² Zu diesen Organisationen gehört der Belgrader Kreis (Beogradski Krug), Helsinki Komitee für Menschenrechte, Frauen in Schwarz etc. Vgl. Obrad Savić, Die Parallele Welt. Die Belgrader NGO-Szene, Irin Šlosar (Hg.) *Verschwiegenes Serbien. Stimmen für die Zukunft* (Klagenfurt 1997), S. 41-42.

⁴³ Die Organisationen wurden gelegentlich unter Druck gesetzt, so musste die Soros Stiftung 1994/5 vorübergehend schliessen, während zahlreiche Intellektuelle mit dem neuen Universitätsgesetz 1998 ihren Arbeitsplatz verloren. Im Verlauf von 2000 wurden zahlreiche Organisationen von der Finanzpolizei wegen angeblicher Steuervergehen durchsucht. Es bestand jedoch keine systematische Unterdrückung der Nichtregierungsorganisationen, mit Ausnahme von Otpor.

⁴⁴ Der Wandel ausserhalb Belgrads wurde dadurch begünstigt, dass lokale Medien meist den jeweiligen lokalen Behörden unterstanden, die sich nach 1996 in Hand der Opposition befanden. Olivija Rusovac, Non-Governmental Organisations in Serbia. In Search of Identity, AIM, 19.9.1999.

kritisierten und auch dessen Verbrechen im Kosovo ansprachen.⁴⁵ Neben einer Vielzahl von lokalen Organisationen, die ein alternatives Forum zum Nationalismus bildeten, haben einige serbienweite Organisationen eine wesentliche Rolle gespielt, die Rolle des Nationalismus in den Hintergrund zu drängen und die Aufmerksamkeit der serbischen Öffentlichkeit auf Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen zu lenken.

Otpor—Alternative Mobilisierung

Nach dem Ende des Kosovo-Krieges im Juni 1999 erhielt die Jugendorganisation Otpor (Widerstand) zunehmend die Aufmerksamkeit der internationalen Media und auch des Regimes in Serbien. Der Vertrauensverlust in die politische Opposition kam zunehmend Otpor zugute, die sich als ernstzunehmende Alternative präsentieren konnte. Die Bewegung besass eine andere Strategie und Organisationsstruktur als die politische Opposition und die meisten Nichtregierungsorganisationen. Otpor stellte vor und nun auch nach dem Machtwechsel keinen Ersatz für Oppositionsparteien dar, sondern vielmehr eine notwendige Ergänzung.

Otpor entstand 1998 aus der Erfahrung der gescheiterten Studentenproteste im Winter 1996/7 und des Universitätsgesetzes 1998. Das Auseinanderbrechen des Oppositionsbündnisses *Zajedno* im Sommer 1997 stellte einen folgenschweren Bruch in der Glaubwürdigkeit der politischen Opposition dar. Dies führt zu einer Resignation unter Aktivisten der Oppositionsparteien und Studenten, die nach neuen Wegen suchten, ihre Opposition zum Regime zu artikulieren. Bemühungen während des Präsidentschaftswahlkampfes 1997 aktiv zu werden scheiterte an der geringen Teilnahme an Studentenprotesten. Zudem bemühten sich die Oppositionsparteien darum, Studentenfürer in ihre Partei zu integrieren, so daß deren Glaubwürdigkeit mit dem Auseinanderbrechen der Koalition weiter sank.⁴⁶ Die Notwendigkeit sich erneut politisch zu organisieren erhielt Aktualität mit der Verabschiedung eines neues Universitätsgesetzes im Mai 1998.⁴⁷ Obwohl das Universitätsgesetz die Studentenschaft direkt betraf, gelang aufgrund der Erfahrung von 1997 und des schwelenden Kosovo Konflikts keine Mobilisierung. Otpor entstand somit in einem Klima der Resignation und Zersplitterung der Studentenschaft im Oktober 1998. Die Zielsetzung der Organisation war zu Anfang die Wiedereinführung der Universitätsautonomie und der Rücktritt Milošević's.⁴⁸

Die Organisation macht nicht durch Demonstrationen auf sich aufmerksam, sondern vielmehr durch Graffiti und andere öffentliche Darstellungen ihres Logos, der geballten Faust, sowie durch dezentralisierte Aktionen, mit dem Ziel ständig in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Zudem organisierte sich Otpor dezentralisiert, ohne klare Organisationsstrukturen und einheitliche Führung. Die Organisation besitzt einen politischen Rat, der in erster Linie aus Universitätsprofessoren besteht, sowie dem ehemaligen Präsidenten der Zentralbank Dragoslav Avramović. Die zentralen Entscheidungen werden jedoch von einer Gruppe von ungefähr 20 Aktivisten getroffen, während alle lokalen Aktionen vor Ort geplant und durchgeführt werden.⁴⁹ Mittlerweile besitzt Otpor nach eigenen Angaben ca. 30.000-40.000 Aktivisten in ganz

⁴⁵ Nebojša Popov (Hg.) Gradjanski Parlament Srbije, Prava Promena (Belgrad 2000).

⁴⁶ Kate Galbraith, Student Movement in Serbia Faces Apathy and Disappointment, *The Chronical of Higher Education*, 9.1.1998, S. A59.

⁴⁷ Das Gesetz schuf die Autonomie der Universitäten ab. Vgl. *Socijologija*, Jhrg 60, Nr. 4 (Oktober-Dezember 1998).

⁴⁸ Otpor Press Release, 6.11.1998.

⁴⁹ Milenko Vasovic, Belgrade Students Lead Resistance to Bad Government, *IWPR Balkan Crisis Report*, Nr. 79, 28.9.1999.

Serbien, die sich in über 120 lokale Organisationen mit über 50 Büros und sieben regionalen Zentren gliedern. Trotz der starken Polizeirepression in der ersten Jahreshälfte 2000 und der Weigerung der Behörden, Otpor zu registrieren, musste die Organisation nicht an Größe einzubüßen, wenn auch die Durchführung von Aktionen bis zum Machtwechsel schwieriger wurden.⁵⁰

Die Beziehungen zu den ehemaligen Oppositionsparteien sind komplex und teils widersprüchlich. So betont die Otpor Aktivistin Milja Jovanović: „Wir haben gute Kontakte mit ihnen...sie haben ihren Weg und wir haben unseren.“⁵¹ Ungefähr ein Drittel aller Otpor Aktivisten sind zugleich Mitglieder in Oppositionspartei, so daß enge personelle Kontakte bestehen. Zugleich bestehen auch ernstzunehmende Spannungen zwischen den Parteien und Otpor. Wiederholt hat Otpor von der Opposition ein kohärentes politisches Program gefordert und sie beschuldigt, leere Versprechungen zu machen.⁵² Enttäuschung über das Verhalten der Opposition artikulierte sich insbesondere nach dem Scheitern der Proteste gegen die Schließung des oppositionellen Fernsehsenders Studio B und des unabhängigen Radiosenders B2-92 im Mai 2000.⁵³

Otpor sieht die Rolle gegenüber der ehemaligen Opposition in zwei Komponenten. Zuerst bemüht sich die Organisation, die Parteien an ihre politische Verantwortung zu erinnern. In diesem Rahmen forderte Otpor in ihrer programmatischen Erklärung vom August 1999 den Zusammenschluß aller relevanten Oppositionsparteien und die Teilnahme in einer gemeinsamen Wahlliste, sowie die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit dem Regime.⁵⁴ Die Organisation nimmt mittlerweile an allen wichtigen Treffen der Opposition teil und kann somit eine wichtige Rolle als Mittler innerhalb der politischen Opposition spielen.

Was das eigenen politische Program von Otpor betrifft, beschränkt sich dieses in erster Linie auf die Forderung nach einen Regimewechsel (entfällt nach dem Machtwechsel) und die Demokratisierung Serbiens. Weiterhin formulierte die Organisation in ihrer Erklärung neun Punkte:

- 1 Die Einführung eines demokratischen politischen Systems;
- 2 Die Einführung eines Rechtsstaates und die Wahrung aller individueller und Minderheitenrechte;
- 3 Die territoriale Dezentralisierung des Landes;
- 4 Die Zusammenarbeit mit allen internationalen Organisationen, inklusive des Haager Kriegsverbrechertribunals;
- 5 Der Schutz von Privatbesitz, Privatisierung und die Einführung der Marktwirtschaft;
- 6 Die Demokratisierung des Kosovo unter dem höchsten Grad territorialer Selbstverwaltung und Überwachung internationaler Zivil- und Militärbehörden und Achtung der territorialen Integrität Jugoslawiens;
- 7 Die Neudefinierung der Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro;
- 8 Soziale Gerechtigkeit;
- 9 Staatsbürgerschaft und Stimmrecht für Flüchtlinge und Bürger aus anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens in der Bundesrepublik Jugoslawien.⁵⁵

⁵⁰ Interview mit Slobodan Homen (21.7.2000) und Milja Jovanović (25.7.2000).

⁵¹ NIN, 25.5.2000.

⁵² Ebd.

⁵³ Financial Times, 26.5.2000.

⁵⁴ Otpor, Declaration on the future of Serbia, 25.8.1999.

⁵⁵ Ebd.

Diese Erklärung ähnelt in zahlreichen Punkten der gemeinsamen Erklärung der Opposition vom 10. Januar 2000.⁵⁶ Insbesondere der Hinweis auf die Dezentralisierung des Landes und die Forderung nach Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal gehen jedoch über den Konsens der Opposition hinaus und weisen auf eine liberalere Politik von Otpor hin. Der Hinweis auf den Kosovo in der Erklärung wiederum bringt die Problematik der „nationalen Frage“, zum Ausdruck. Nach Angaben von Otpor Aktivisten, die an der Sitzung teilnahmen nahm die Einigung über die Formulierung vom sechsten Punkt mehrere Stunden in Anspruch, mehr als alle Anderen gemeinsam. Auf den ersten Blick spiegelt die Position zu Kosovo weitgehend die Resolution der Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wieder. Innerhalb von Otpor ist die Position die die Organisation gegenüber Kosovo und Nationalismus vertritt äußerst umstritten. Im Kosovo ist Otpor seit Kriegsende nicht aktiv geworden, unterstützt jedoch den gemäßigten Politiker Momčilo Trajković und Bischof Artemije. Ein Teil der Otpor Mitglieder stammt aus Anti-Kriegsorganisationen, die jede Art des Nationalismus ablehnen und jede Übernahme nationalistischer Rhetorik als unververtretbare Komprimittierung der Ziele von Otpor betrachten. Andere halten die „nationale Frage“, jedoch entweder aus taktischen Gründen oder aus Überzeugung für einen notwendigen Bestandteil des Programs von Otpor.

Bedeutsamer als die programmatische Erklärung ist das Memorandum von Otpor anzusehen. Dieses Dokument wurde während des ersten Kongresses der Organisation verabschiedet, der am 17. Februar 2000 stattfand.⁵⁷ Das drei-teilige Dokument beschäftigt sich mit der „Theorie und Praxis der serbischen Diktatur“, „den Wurzeln der Idee des Widerstandes (Otpor), und dem „Program nationaler Interessen.“⁵⁸

In der Analyse des Auseinanderbrechens Jugoslawiens und den Wurzeln der Diktatur identifiziert die Folgen der Herrschaft von Milošević. Das Memorandum nennt den Mythos von „Großserbien“, als bedeutendstes Element der nationalistischen Welle im ehemaligen Jugoslawien, nennt zugleich aber auch die „historischen Frustrationen“, Kroatiens und „fundamentalistischen Islam“, in Bosnien als Phänomene, die gemeinsam zum Auseinanderbrechen des Landes beigetragen haben.

Das Program nationaler Interessen definiert in erster Linie das internationale Umfeld Serbiens und bemüht sich eine Rolle für Serbien zu definieren. Rußland wird hier, anders als in der Vorstellung einiger ehemaliger Oppositionsparteien, nicht als bevorzugter Partner gesehen und der Anschluß an den Westen als einzige Entwicklungsrichtung gesehen. Otpor erwähnt hierbei die Notwendigkeit den Balkan zu stabilisieren und nennt Serbien als das Schlüsselland und sieht die zur Zeit etwas unrealistische Möglichkeit, daß Serbien ein führendes Land auf dem Balkan werden könnte.

Das Regime, insbesondere die Vereinigte Jugoslawische Linke (JUL) unter Führung von Mirjana Marković, der Ehefrau Milošević's, griff Otpor seit ihren Anfängen härter als die politische Opposition an. Aktivisten wurden wegen dem Sprühen von

⁵⁶ Grundlegende Reform des Systems, Aufhebung des Informations- und Universitätsgesetzes, Selbstverwaltung für Minderheiten im Kosovo und die vollständige Umsetzung der UN Sicherheitsratsresolution 1244, Aufhebung des Sanktionen gegen Serbien, Gleichstellung von Montenegro und Serbien, Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung, sowie einen ausgebauten Minderheitenschutz. Betaweek, Special Supplement 1, 13.1.2000.

⁵⁷ Zur gleichen Zeit fand der Kongress der Sozialistischen Partei statt. Zum Kongress von Otpor siehe Kongres Studentskog Pokreta Otpor: Ostao je bljutav ukus, Republika 1.-15.3.2000, S. 36.

⁵⁸ Das Memorandum findet sich auf der Webseite von Otpor: http://195.8.231.173/info/index_memorandum1.htm

Graffiti zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt und die Organisation wurde fast täglich in den regime-treuen Medien als Verräter gebrandmarkt. Als Ausdruck eines veränderten gesellschaftlichen Klimas verhallten diese Anschuldigungen und trugen sogar zur Steigerung der Beliebtheit der Organisation bei. Die Popularität von Otpor ist schwer einzuschätzen. Die drastische Zunahme an Otpor Mitgliedern nach der massiven Repression gegen Otpor im Mai 2000, u.a. durch die vorzeitige Schließung der Universitäten, von ungefähr 5.000 auf 40.000 Mitglieder kann jedoch als ein Hinweis auf die breite Unterstützung der Organisation gewertet werden.⁵⁹ Zudem ist es Otpor gelungen verstärkt über Studentenkreise hinaus in älteren Bevölkerungsgruppen Mitglieder zu finden.⁶⁰ Unerwartete Unterstützung hierbei erfuhr die Organisation durch den Beitritt von Dobrica Ćosić im Mai 2000. Der Beitritt Ćosić's überraschte da sich der Schriftsteller, der weitgehend für die Wiederbelebung des serbischen Nationalismus verantwortlich ist und erster Präsident der Bundesrepublik Jugoslawiens war, sich in den vergangenen Jahren weitgehend aus der Politik zurückgezogen hatte. Obwohl der Beitritt Sorge ausgelöst hat, daß Otpor sich stärker Nationalismus hinwendet, blieb Ćosić Mitgliedschaft weitgehend eine symbolische Geste. Sie half die Beliebtheit von Otpor auch in älteren Bevölkerungsgruppen zu steigern und die Behauptungen entkräften, die Organisation seien die „Sturmtruppen“, der NATO.⁶¹

Der Erfolg von Otpor legte die Schwächen der Oppositionsparteien offen. Die Aktivitäten und die Organisationsform von Otpor haben in einem überraschenden Ausmaß das Regime provoziert, das ähnlich wie andere autoritäre Regime nicht weiß wie es auf Ironie und Humor, sowie auf anti-autoritären Widerstand reagieren soll.⁶² Trotz des Erfolges kann Otpor nur als Unterstützung und „Gewissen“, der Opposition agieren, jedoch keinesfalls die Parteien ersetzen. Anderenfalls liefe die Organisation die Gefahr eine den Parteien ähnliche Entwicklung zu nehmen. Weiterhin sind die Loyalität zahlreicher Otpor Mitglieder gespalten, so daß eine eindeutige Parteinahme der Organisation voraussichtlich zu einer Spaltung führen würde. Auch in der nationalen Frage spiegelt Otpor die Vielfalt der Opposition wieder. Durch die bewußte Entscheidung der Organisation alle Energien auf das Ende der Herrschaft Milošević zu konzentrieren und anderweitig keine ausgefeilte programmatische Alternative zu bieten, haben die unterschiedlichen Meinungen zu Nationalismus und Kosovo keine vergleichbar zerstörerische Wirkung gehabt. Nach dem Wechsel können diese Differenzen, sowie die Beziehungen zur neuen Regierung, intern eine spaltende Wirkung entfalten.

Wie bereits vor dem Ende der Herrschaft Milošević angekündigt, erklärt Otpor auch nach dem Machtwechsel, ihre Arbeit fortzusetzen. Otpor sieht sich hierbei als Korrektiv und Kontrolle der neuen Regierung. Die Prioritäten der Organisation sind nach dem Wechsel neben der Kontrolle der Regierungsarbeit die Normalisierung der

⁵⁹ Ein weiterer Hinweis auf die Popularität von Otpor kann die Demonstration in Belgrad am 15. Mai 2000 gewertet werden, an der ca. 15.000 Teilnehmer ihre Unterstützung für die Organisation kundtaten. Blic, 17.5.2000, Beta, 16.5.2000

⁶⁰ So entstand die informelle Gruppe von Müttern von Otpor Aktivisten. Die häufigen Verhaftungen durch die Behörden (seit Mai 2000 wurden täglich mehr als zehn Mitglieder verhaftet und meist nach einigen Stunden wieder freigelassen). Zudem hat sich Otpor auch bemüht, die Mitgliederbasis zu verbreitern, wie durch das Verteilen von Brot an Rentner.

⁶¹ New York Times, 22.5.2000. Eine Karikatur des bekannten Zeichners Corax zeigt Ćosić, der sich mit einer Bürste in Form der Otpor Faust von seiner Vergangenheit reinigt.

⁶² Ähnlich zeigte sich die Schwäche der kommunistische Führung Sloweniens bzw. Jugoslawiens Anfang der achtziger Jahre durch die NSK (Neue Slowenische Kunst), die durch den ironischen Gebrauch kommunistischer und nationalsozialistischer Symbole die Diktatur anprangerte.

Universitäten in Serbien, sowie alternative Kulturarbeit.⁶³ Während die langfristige Rolle der Organisation kaum abzuschätzen ist, so hat sich Otpor im vergangenen Jahr zur wohl meistgeschätzten Organisation in Serbien entwickelt. Deshalb wird Otpor wohl auch Mittelfristig eine wichtige Rolle in Serbien spielen.⁶⁴

G17—Ein Alternativer Plan

Neben Otpor, das eine wesentliche Mobilisierungsrolle gespielt hat, nimmt G17 bzw. G17plus eine wichtige Rolle in der Formulierung politischer Alternativen an. G17 entstand während der Proteste 1996/7 als unabhängiges Forum von führenden oppositionellen Wirtschaftswirtschaftlern, um ein wirtschaftliches Reformprogramm für die Koalition Zajedno auszuarbeiten. Einige Mitglieder gehörten zuvor zur Führungsspitze der Demokratischen Partei, so Miroljub Labus und Mladjan Dinkić. Nach dem Auseinanderbrechen der Koalition setzte die Gruppe ihre Arbeit fort und arbeitete in Folge wirtschaftliche Reformprogramme für Montenegro und die Republika Srpska aus.⁶⁵

Die Aktivitäten von G17 nahmen nach dem Kosovo Krieg zu und die Gruppe weitete ihre Thematik aus. So entstand G17plus, das neben Wirtschaftswissenschaftlern auch andere Sozialwissenschaftler einschloss und überall in Serbien Pendancen eröffnete. Anstatt nur als Berater für die Opposition zu agieren, warb G17 ab 1999 auch direkt bei der Bevölkerung für wirtschaftliche und soziale Reformen.

Kurz nach dem Krieg um den Kosovo forderte die Gruppe in dem „Stabilitätspakt für Serbien“ die Einrichtung einer Expertenregierung, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und zu einem „schleichenden“ Machtwechsel beitragen sollte. Die wichtigste Rolle spielte G17 jedoch durch konkrete Projekte, die hauptsächlich durch EU Mitglieder und Norwegen finanziert wurden. So organisierte die Gruppe die Programme „Energie für Demokratie“, „Asphalt für Demokratie“ und „Schulen für Demokratie“. Bei diesen Projekten erhielten von der Opposition regierte Städte in Serbien 1999/2000 konkrete Hilfe in Form von Asphalt, Brennstoff und Hilfe für Schulen.⁶⁶

Im Sommer 2000, in Vorbereitung auf die Wahlen, hat G17plus das Regierungsprogram der Opposition verfasst und somit ein wichtige Rolle gespielt, die inhaltliche Alternative des Oppositonsbündnis zum Regime zu formulieren. Das Program reflektiert eine Abkehr von Nationalismus und eine Zuwendung zu praktischen Fragestellungen. Neben dem Program für die Opposition veröffentlichte die Gruppe ein Weissbuch zur Herrschaft Milošević, das im Detail den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang Serbiens in den neunziger Jahren beschreibt.⁶⁷

Während Otpor grössere Bevölkerungsschichten erreichte und hier eine wichtige Rolle dabei spielte, die Aufmerksamkeit von Nationalismus auf einen Machtwechsel zu lenken, so hat G17 der Opposition ein wirtschaftliches Program verliehen, sowie sie dazu gedrängt sich verstärkt auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu konzentrieren und somit eine bedeutende Rolle beim Wahlsieg der

⁶³ AP, 19.10.2000; AFP, 24.10.2000.

⁶⁴ Es gilt hier an Solidarnosc zu erinnern, das als ausserparlamentarische Kraft eine wesentliche Rolle zum Machtwechsel in Polen beitrug, jedoch nach der Normalisierung des politischen Lebens zersplitterte und an Einfluss verlor.

⁶⁵ Miša Brkić, Some Other Serbia: Group G 17 Plus, AIM Podgorica, 28.6.2000.

⁶⁶ Glas Nedelje, 19.10.1999; Blic, 19.7.2000, Danas, 15-16.4.2000.

⁶⁷ Das Dokument wurde gemeinsam mit dem Oppositionsprogram in Belgrad am 19.8.2000 an tausende Interessierte verteilt. G17Plus, Bela Knjiga Miloševićeve Vladavine (Belgrad 2000).

Opposition gespielt und auch zur Minderung des Einflusses des Nationalismus auf den politischen Alltag in Serbien gespielt.

2. Offene Territoriale und Minderheitenfragen

Nach dem Machtwechsel bleiben zahlreiche territoriale und Minderheitenfragen offen, die erst mit dem Ende der Herrschaft Miloševićs sinnvoll angesprochen werden können. Die neunziger Jahre wurden in Serbien, wie auch in anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, durch eine anhaltende territoriale Unsicherheit geprägt.⁶⁸ Zwei Vertreter der gegensätzlichen Pole der ehemaligen serbischen Opposition, Sonja Biserko des Helsinki Komitees für Menschenrechte, und Vojislav Koštunica stimmen überein, daß vor einer Klärung der territorialen Unsicherheit keine wirkliche Transformation erfolgreich sein kann.⁶⁹ Diese Unsicherheit bezieht sich in erster Linie auf das Verhältnis Serbiens zu Montenegro, Kosovo und die Republika Srpska, sowie die Rolle der Vojvodina und des Sandžaks innerhalb Serbiens. Für diese Unsicherheit sind jedoch zahlreiche Oppositionspolitiker mitverantwortlich, da sie ihre territorialen Vorstellung nicht klärten. Nach dem Ende der Ära Milošević bietet sich jedoch erstmals seit zehn Jahren die realistische Möglichkeit diese Fragen zur Zufriedenheit von Minderheit und Mehrheit zu lösen.

2.1. Beziehungen zur Republika Srpska

Die Position der Serben in der Republika Srpska

Während des Krieges in Jugoslawien 1999 diente die Republika Srpska als ein Zufluchtsort für Oppositionelle aus Serbien selber. Die zunehmenden Repressionen in Serbien selber, die NATO Luftangriffe und das liberalere Klima in Banja Luka trugen zu diesem Trend bei. Diese Rolle der Republika Srpska sollte jedoch nicht mit der innenpolitischen Lage verwechselt werden. Durch den Krieg hat sich die Rhetorik der wichtigsten serbischen Parteien in Bosnien verschärft und nur wenige Gruppen haben die serbische Politik im Kosovo in Frage gestellt oder eine kohärente Alternative zum dominanten Nationalismus formuliert.⁷⁰

Das Parteienspektrum in der Republika Srpska ist durch starken Nationalismus und geschwächte Parteien geprägt. Die Frage der Zusammenarbeit mit den internationalen Behörden in Bosnien und die damit verbundene Akzeptanz Bosniens als Staat gestaltet sich als die wichtigste Frage für die meisten Parteien der Republika Srpska. Auf der einen Seite stehen die ehemaligen Mitglieder der gemäßigten Koalition Sloga mit den unabhängigen Sozialisten (SNSD) und der Serbischen National Allianz (SNS), auf der anderen Seite steht die Serbische Demokratische Partei (SDS) und die Radikale Partei (SRS), während die Sozialistische Partei zwischen den beiden Polen anzuordnen ist. Innerhalb aller Parteien, jedoch insbesondere bei den Sozialisten und der SNS kam es zu Konflikten über die Zusammenarbeit mit dem Regime in Serbien.

Die Serbische Demokratische Partei, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Republika Srpska völlig dominierte, verfügt nicht mehr über ihre Vorherrschaft, ist jedoch weiterhin die stärkste und einflussreichste Partei. Sie vertritt als langfristige Ziel den Anschluß an Jugoslawien und ein Minimum an Kooperation mit internationalen Organisationen. Die Partei ist jedoch intern gespalten, wobei ein

⁶⁸ Florian Bieber, Failed Transition and the Multiple Legitimacy Crisis of Post-1992 Yugoslavia, 2nd Kokkalis Workshop, Harvard, Februar 2000.

⁶⁹ Interview mit Sonja Biserko, 19.7.2000, Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000.

⁷⁰ Jürgen Buxbaum, The War in Yugoslavia and its Consequences for Bosnia and Herzegovina and the Balkans, Southeast Europe Review, Jhrg 2, Nr. 2, 1999, S. 10-11.

Flügel den extremen Nationalismus von Radovan Karadžić vertritt, während ein anderer Flügel stärker zur Kooperation mit internationalen Organisationen und anderen Nationen in Bosnien bereit ist.⁷¹ Nach einer zwischenzeitlichen Schwäche erfuhr die Partei eine bedeutende Stärkung in den Lokalwahlen im April 2000. Ihr Kerngebiet ist Ostbosnien in serbischer Grenznähe.⁷² Die Beziehungen zu Parteien in Serbien sind begrenzt und nicht eindeutig. Während es zweifelsohne punktuelle Zusammenarbeit mit dem Regime gab, bestanden auch Kontakte mit der ehemaligen serbischen Opposition.

Der mittlerweile verbotene Partner der SDS ist die Serbische Radikale Partei, das Pendant zur rechtsradikalen Radikalen Partei Vojislav Šešelj's in Serbien. Die SRS verfolgt offen einen Anschluß an Serbien, was schließlich zu ihrem Verbot durch den Hohen Repräsentanten (HR) führte. Die Partei erhielt den größten Einfluß durch die Wahl ihres Kandidaten Nikola Poplašen als Präsidenten der Republika Srpska im September 1998. Poplašen gelang es jedoch nicht die gemäßigte Dodik Regierung abzusetzen und wurde nach nur wenigen Monaten, Anfang 1999, durch Carlos Westendorp, den damaligen Hohen Repräsentanten aus dem Amt entfernt. Die Partei vertritt nicht nur einen extremen Nationalismus, sondern ist auch durch die Rolle ihrer Schwesterpartei in Serbien eng mit dem ehemaligen Regime verknüpft.

Die Unabhängigen Sozialisten des Ministerpräsidenten Miroslav Dodik haben sich in den vergangenen Jahren als einzige konsequente Kritik des vorherrschenden Nationalismus in der RS artikuliert.⁷³ Die Fähigkeit trotz großer Widerstände über zwei Jahre an der Macht zu bleiben ist jedoch weniger auf Popularität, als auf das geschickte Taktieren von Dodik und die internationale Unterstützung zurückzuführen. Entsprechend gelang es der Partei bei den Lokalwahlen nicht den Erfolg des bosniakischen Sozialdemokraten in der Republika Srpska zu wiederholen. Neben den unabhängigen Sozialisten hat sich auch die ehemalige Präsidentin der Republika Srpska Biljana Plavšić um einen „moderateren“ Kurs bemüht, der eher von einer pragmatischen Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, als von einer tatsächlichen Abkehr von der nationalistischen Linie geprägt ist. Der Versuch Nationalismus und Kooperation mit internationalen Organisationen zu verbinden kann als gescheitert angesehen werden. Die SNS konnte bei den Lokalwahlen keine größeren Erfolg erzielen und zerbrach in zwei Flügel.

Eine relativ junge politische Kraft in der RS ist die von Mladen Ivanić geführte Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP), die bei den Lokalwahlen auf einer nicht-nationalistischen Plattform ein relativ starkes Ergebnis erreichte.⁷⁴ Zuletzt spielt die Sozialistische Partei, die Schwesterpartei der Serbischen SPS, eine wichtige Rolle, nicht zuletzt durch den serbischen Repräsentanten in der bosnischen Präsidentschaft, Živko Radišić. Obwohl die Partei mit Miloševićs SPS verknüpft ist, unterstützte sie meist die moderate Linie von Ministerpräsident Dodik und besaß eine größere Distanz zur SDS oder Radikalen Partei.⁷⁵

⁷¹ In Anbetracht der politischen Lage in der RS drückt sich Mäßigung weniger in moderatem Nationalismus, als vielmehr in einer pragmatischeren Zusammenarbeit mit der internationalen Verwaltung aus.

⁷² International Crisis Group: Bosnia's Municipal Elections 2000: Winners and Losers, 27.4.2000.

⁷³ Die Sozialisten selber haben auch öfters nationalistische Position vertreten und nur kleine praktische Schritte zur Versöhnung unternommen.

⁷⁴ Ivanić traf als einer der ersten Politiker der RS mit Koštunica zusammen und erhofft sich durch dessen Wahl stärkeren Widerstand gegen eine Änderung des Daytoner Friedensvertrages zuungunsten der RS. SRNA, 15.10.2000.

⁷⁵ Vreme, 15.4.2000, Željko Cvijanović, Banja Luka rails against 'Milošević Plant' IWPR Balkan Crisis Report, No. 144, 31.5.2000.

Obwohl serbische Politiker auf beiden Seiten der Drina nach wie vor das Ziel einer Vereinigung von Republika Srpska mit Serbien mehr oder weniger offen vertreten, hat sich die politische Realität in eine andere Richtung entwickelt. Trotz der heftigen Reaktionen zum Kosovo Krieg, spielte die fast zeitgleiche Entlassung des Präsidenten Poplašen, sowie die Entscheidung Brčko unter die gemeinsame Verwaltung beider Entitäten zu stellen⁷⁶ eine bedeutsamere Rolle in der Krise zwischen internationaler Staatengemeinschaft und serbischer Führung. Die innerserbische Krise und die Isolation Miloševićs hat zwischenzeitlich dazu geführt, dass der Einfluss Belgrads auf die Republika Srpska stark gesunken ist. Zudem ist die serbische Entität in Bosnien selber durch Instabilität geprägt. Die Institutionen sind grossteils kaum funktionsfähig und können nicht das gesamte Territorium der Republik abdecken, während die Wirtschaft nach wie vor in erster Linie auf Schmuggel und Schwarzmarkt beruht.⁷⁷ Der Regierungswechsel in Jugoslawien wurde gerade in der Republika Srpska mit der Hoffnung verbunden, eine Stärkung der Entität zu erfahren.⁷⁸ Zugleich ermöglicht der Machtwechsel in Jugoslawien eine Stärkung der Parteien in der serbischen Entität, da zuvor das Verhältnis zum Regime Slobodan Milošević eine Entwicklung der Parteienlandschaft behinderte. Die nationalistischen Parteien der Republika Srpska begrüßten den Machtwechsel in Serbien auch deshalb, weil die offensive anti-nationalistische Politik der internationalen Organisationen in Bosnien mit dem Ende der Ära Milošević schwieriger zu rechtfertigen ist.⁷⁹

Die Position der neuen belgrader Regierungsparteien

Die Republika Srpska nimmt in Serbien nach dem Regierungswechsel einen bedeutenden Platz ein. Dies zeigte sich in dem Besuch der jugoslawischen Präsidenten Koštunica im Oktober 2000 in Trebinje, wo die sterblichen Überreste des serbischen Dichters Jovan Dučić wiederbestattet wurden.⁸⁰ Insbesondere die Demokratische Partei Serbiens und Vojislav Koštunica haben stets das Recht auf Selbstbestimmung der bosnischen Serben unterstützt und in Folge den Daytoner Friedensvertrag in den ersten Jahren nach dem Krieg abgelehnt.⁸¹ Die meisten anderen ehemaligen Oppositionsparteien haben sich starker zum Vorbestand Bosniens bekannt, bzw. haben ihre Unterstützung für den extremen Nationalismus der SDS bereits nach Kriegsende 1995 beendet.⁸² Die Kontakte zwischen den ehemaligen

⁷⁶ Die Entscheidung teilte die RS de facto in zwei Hälften.

⁷⁷ Die bosnisch-serbische Armee als ein Beispiel ist durch fehlende internationale Unterstützung und die Kriegsfolgen für die jugoslawische Armee kaum einsatzbereit. Jos de la Haye, *Les élections municipales peuvent-elles rompre le pouvoir informel des partis nationalistes?* Rapport 1, Center for Peace Research, K.U Leuven (März 2000).

⁷⁸ Dies unterscheidet den Machtwechsel in Kroatien und in Jugoslawien in ihrem Einfluss auf Bosnien, da die Kroatische Regierung die finanziellen Hilfen für den kroatischen Teil der Föderation drastisch reduzierte.

⁷⁹ Željko Cvijanović, *Republika Srpska Politicians and Milosevic*, AIM Banja Luka, 7.10.2000.

⁸⁰ Das Begräbnis des 1943 im Exil verstorbenen nationalistischen Dichters wurden von der Serbischen Demokratischen Partei und der Regierung der Republika Srpska finanziert. Der Festakt war eher eine nationalistische Feier, als die Würdigung eines Dichters. Reporter, 25.10.2000.

⁸¹ Vojislav Koštunica, *Postface. Naissance de la République Serbe*, Alksa Buha, *Argument en Faveur de la République Serbe* (Lausanne 1999), S. 123-127.

⁸² Die serbische Erneuerungsbewegung und die Bürgerallianz haben den Friedensvertrag unterstützt und sich bereits während des Krieges für eine friedliche Lösung des Konfliktes eingesetzt. Die Demokratische Partei hat kurzfristig Radovan Karadžić unterstützt, wandte sich jedoch von der SDS 1995 ab und unterstützte den Friedensvertrag von Dayton. Siehe Dejan

Oppositionsparteien in Serbien und den Parteien der Repulika Srpska sind komplex, wobei persönliche Kontakte oftmals gegenüber inhaltlichen Übereinstimmung überwiegen.⁸³ Die ehemalige Opposition stellt insgesamt heute den Fortbestand Bosniens nicht mehr in Frage. Ähnlich wie die meisten bosnisch-serbischen Parteien fordern die Koalitionsparteien in Serbien vielmehr eine strenge Umsetzung des Daytoner Friedensvertrages, der unter anderem eine „besondere Beziehung„ zwischen der Republika Srpska und Jugoslawien vorsieht.⁸⁴

Lösungsmodelle

Anders als im Fall Montenegros oder offener Minderheitenfragen innerhalb Serbiens stellt sich in Bosnien nach einem Machtwechsel für die neue Regierungskoalition keine territoriale Frage. Das Verhältnis zwischen serbischer Entität in Bosnien und Serbien blieben formal ungeklärt, wenn es auch enge politische Kontakte gab. Die Priorität für die politischen Parteien der Republika Srpska, wie auch der neuen belgrader Regierungsparteien ist nach dem Machtwechsel der Aufbau enger Beziehungen auch auf formaler Ebene. Für den Erfolg Bosniens als Staat sind hingegen die Fortsetzung der Flüchtlingsrückkehr, insbesondere in die Republika Srpska, sowie die Funktionsfähigkeit gesamt-bosnischer Institutionen von grösster Wichtigkeit. Diese Ziele unterschieden sich voneinander, schliessen einander jedoch nicht unbedingt aus. Der politische Wandel in Kroatien, Bosnien und Jugoslawien im Jahr 2000 hat dazu geführt, daß die jeweiligen nationalen Politiker, die während des Bosnienkrieges an der Macht waren, ihren Einfluss verloren haben. Dieser Wechsel hat bereits nach dem Tod Tudjmans in den Beziehungen zwischen Kroatien und Bosnien und zwischen Kroaten und Bosniaken innerhalb der bosnisch-kroatischen Föderation tiefgreifende Veränderungen eingeleitet. Entsprechend eröffnete sich durch den Machtwechsel in Belgrad nicht unbedingt ein Ende nationaler Spannungen in Bosnien, wohl jedoch ein neues politisches Klima, das mittel- und langfristig einen Dialog zwischen den Nationen fördern wird.

2.2. Montenegro und der Fortbestand Jugoslawiens

Von allen territorialen und Minderheitenfragen stellt Montenegro nach dem Kosovo die grösste Herausforderung dar. Auch wenn in Montenegro ein nationaler Unterschied nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht, so spielt die nationale Frage und das Verhältnis der serbischen und montenegrinischen Nation eine Schlüsselrolle in den Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro.⁸⁵ Einer der Ausgangspunkte hierbei ist die Spaltung der montenegrinischen Mehrheit in verschiedene Selbstauffassungen und unterschiedliche Sichtweisen des Verhältnisses

Anastasijević, Out of Time. Drašković, Djindjić and the Serbian Opposition against Milošević (Prag und London 2000), 92-94, 145-149.

⁸³ So besitzt die DSS die engsten Kontakte mit Mladen Ivanić, die Christdemokratische Partei Serbien hat Kontakte mit der Partei Biljana Plavšić's, Milorad Dodik hingegen ist mit den beiden Sozialdemokratischen Parteien von DOS, der Sozialdemokratischen Union von Žarko Korać und der Sozialdemokratie von Vuk Obradović, verbunden. Siehe Željko Cvijanović, Republika Srpska Politicians and Milosevic, AIM Banja Luka, 7.10.2000.

⁸⁴ Artikel III, 2a), Verfassung von Bosnien-Herzegovina (14.12.1995), Annex 4 des Daytoner Friedensvertrages. Die rasche Aufnahme diplomatischer Beziehung zwischen Bosnien und Jugoslawien, sowie die Einrichtung dieser engen formalen Kooperation von Republika Srpska und Jugoslawien forderte der Ministerpräsident der Republika Srpska nur wenige Tage nach dem Machtwechsel in Serbien. Ekstra Magazin, 11.10.2000.

⁸⁵ Montenegro ist trotzdem keineswegs als starker Nationalstaat zu betrachten. So sind nur 61,5 % der Bevölkerung Montenegriner. 17,4 % sind Muslime, 9,29 % Serben, 8,5 % Albaner, 1 % Kroaten und 4,3 % Jugoslawen (Stand 1991).

zu Serbien. Diese inner-montenegrinische Differenzierung wurde zwar durch den politischen Konflikt zwischen Milo Djukanović und Slobodan Milošević zugespitzt, geht jedoch weit in der historischen Entwicklung zurück.⁸⁶

Die Positionen Montenegros

Die öffentliche Meinung in Montenegro über die Beziehungen zu Serbien waren erwartungsgemäss unter der Herrschaft von Slobodan Milošević gespalten. In einer Umfrage von Ende 1999 sprachen sich 5,5 % für eine Vereinigung mit Serbien aus, 28 % für eine Beibehaltung Jugoslawiens, 22,5 % für eine Konföderation nach dem Model der montenegrinischen Regierungskoalition und 36,1 % für die Unabhängigkeit der Republik.⁸⁷ Diese innermontenegrinische Spaltung in zwei bzw. drei Lager bedeutet, daß die Lösung der serbisch-montenegrinischen Beziehungen in erster Linie auf einem internen Kompromiss in Montenegro beruhen muss.

Die regierende Koalition in Montenegro ist intern zur Frage der Unabhängigkeit gespalten. Die dominante Partei der Demokratischen Sozialisten ist in Befürworter und Gegner der Unabhängigkeit gespalten, während die Sozialdemokratischen Partei die Unabhängigkeit der Republik befürwortet. Die dritte Koalitionspartei, die Volkspartei, vertritt eine pro-serbische Politik und pflegt enge Kontakte mit Koštunica's Demokratischen Partei Serbiens. Obwohl die montenegrinische Regierungsparteien an den Wahlen nicht teilgenommen haben, gingen sie in Montenegro gestärkt hervor, da der von ihnen geforderte Wahlboykott mit einer Wahlbeteiligung von knapp 25 Prozent als grosser Erfolg gewertet werden kann.⁸⁸

Auch wenn der Reformflügel der ehemals Milošević-treuen SNP durch eine Beteiligung an der jugoslawischen Regierung aufgewertet wurde, so werden die Regierungsparteien die entscheidenden Kräfte in einer zukünftigen Regelung der Beziehungen zwischen Belgrad und Podgorica spielen.

Ausserhalb der Koalition setzt sich die Liberale Partei am stärksten für die Unabhängigkeit des Montenegro ein, kritisiert das Zögern der Regierung und gehört zu den stärksten Kritikern des serbischen Nationalismus, auch in den frühen neunziger Jahren, als Montenegro am Krieg gegen Kroatien teilnahm.

Die Sozialistische Volkspartei, die als einzige bedeutsame montenegrinische Partei an den Wahlen teilnahm, unterstützte Milošević und den Fortbestand der Föderation.⁸⁹ Mit dem Machtwechsel gehört die Partei weiterhin der jugoslawischen Regierung an, doch durch die Koalition mit der serbischen Opposition wurde der moderate Parteiflügel gestärkt, während der ehemalige jugoslawische Ministerpräsident Momir Bulatović marginalisiert wurde.

Die innenpolitische Entwicklung Montenegros war das Ergebnis der Herrschaft Milošević's und dürfte sich in Anbetracht des Machtwechsels neu konfigurieren und stärker die inner-montenegrinische Division zwischen den verschiedenen staatlichen Präferenzen zum Ausdruck bringen.⁹⁰ Die Spaltung der politischen Landschaft in Montenegro reflektiert nicht nur unterschiedliche gesellschaftliche Sichtweisen der Beziehungen zu Serbien, sondern eine Identitätskrise des Landes. Während sich ein

⁸⁶ siehe Ivo Banac, *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics* (Ithaca 1988), 270-291.

⁸⁷ International Crisis Group, *Montenegro: In the Shadow of the Volcano*, 21.3.2000; Im Oktober 2000 befürworteten 48,1 % die Unabhängigkeit, während sich 38,9% dagegen aussprachen. AFP, 30.10.2000.

⁸⁸ Draško Djuranović, *Montenegro and Federal Elections: Debacle of Momir Bulatovic*, AIM Podgorica, 25.9.2000

⁸⁹ International Crisis Group, *Montenegro: In the Shadow of the Volcano*, 21.3.2000.

⁹⁰ Monitor, 8.9.2000

Teil der montenegrinischen Bevölkerung eng mit Serbien und serbischer Identität identifiziert, sehen sich anderen Extrem ein Teil der Bevölkerung als Angehörige einer eigenständigen Nation, die von Serben durch den Staat und die serbisch-orthodoxe Kirche unterdrückt wurde. Dieser innermontenegrinische Pluralismus erschwert die Definition der Beziehungen zu Serbien, da ohne die Überwindung der internen Spaltung der Gesellschaft jede Lösung Gefahr läuft wichtige Bevölkerungsteile innerhalb Montenegros nicht zufrieden zu stellen.

Die neuen belgrader Regierungsparteien

Die öffentliche Meinung in Serbien ist durch Unverständnis gegenüber der Loslösungstendenzen in Montenegro geprägt. Auch innerhalb der ehemaligen Opposition wurde der Position Montenegros nicht immer viel Verständnis entgegengebracht. Insbesondere der Wahlboykott von Djukanović hat grosse Teile der ehemaligen Opposition verärgert. So stellte Dušan Janjić, führender serbischer Experte zu Minderheitenfragen und Nationalismus, die Frage, ob die Montenegriner die neuen „Šiptari“, ⁹¹ die Albaner, der Serben werden. ⁹²

Während in der Anfangsphase des Machtkampfes zwischen Djukanović und Milošević die Opposition der Entwicklung keine grössere Aufmerksamkeit schenkte, kam es 1998/9 zu einer verstärkten Kooperation zwischen serbischer Opposition und montenegrinischer Regierung. Insbesondere die Demokratische Partei von Zoran Djindjić hat mit der Demokratischen Partei der Sozialisten zusammengearbeitet. ⁹³ Obwohl die DS sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Montenegros richtet, bestanden enge Kontakte, insbesondere nachdem Djindjić während der NATO-Bombardierung Jugoslawiens aus Angst vor einer Unterdrückung der Opposition in Belgrad nach Montenegro floh. ⁹⁴

Die Änderung der jugoslawischen Verfassung und die Ausrufung neuer jugoslawischer Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juli 2000 führte zu einem Bruch von serbischer Opposition und montenegrinscher Führung. ⁹⁵ Während die serbische Opposition sich bereits seit Ende des Kosovo-Krieges auf eine Wahl vorbereitet hatte, lehnte Djukanović eine Teilnahme an den Wahlen ab, um die für Montenegro inakzeptable Verfassungsänderungen zu legitimieren. Die Teilnahme der Opposition an den Wahlen bedeutete jedoch keineswegs eine Akzeptanz der neuen Verfassung. So betonte Koštunica zur Verfassungsänderung, daß „die Verfassung, die von Milošević und den montenegrinischen Führern 1992 angenommen wurde, auf den Konsensmodell basiert. Milošević hat sie [die Verfassung] geändert ohne einen Konsens mit Montenegro zu finden und dies ist somit die grundlegende Schwäche der geänderten Verfassung.“ ⁹⁶

Während zuvor noch Djukanović als möglicher Präsidentschaftskandidat der Opposition im Gespräch war, folgte mit dem Boykott der montenegrinischen Regierung, sowie der Kandidatur Koštunica's, der der Eigenständigkeit des Montenegro stärker als andere Oppositionspolitiker kritisch gegenübersteht, eine

⁹¹ „Šiptari“ ist die häufige verwandte pejorative Bezeichnung für Albaner.

⁹² Dušan Janjić, Velike Iluzije, Monitor, 15.9.2000.

⁹³ Robert Thomas, The Politics of Serbia in the 1990s (London 1999), S. 380.

⁹⁴ Dejan Anastasijević, Out of Time. Drašković, Djindjić and the Serbian Opposition against Milošević (Prag & London 2000), S. 143.

⁹⁵ S. Blic, 6.7.2000; Vreme, 15.7.2000; Vreme, 22.7.2000. Eine Analyse der Verfassungsänderungen in Bezug auf Montenegro findet sich in International Crisis Group, Current Legal Status of the Federal Republic of Yugoslavia (FRY) and Serbia and Montenegro, 19.9.2000.

⁹⁶ Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000.

Abkühlung der Beziehungen zwischen Opposition und Djukanović. Durch den Wahlsieg der Opposition in Serbien und den Boykott der montenegrinischen Regierungskoalition gipfelten die Beziehungen weiter in die Krise. Die ehemalige Opposition ist im jugoslawischen Parlament auf die Zustimmung der ehemals Milošević-treuen Sozialistischen Volkspartei angewiesen. Bereits vor den Wahlen gab es Kontakte zwischen SNP und DOS, so daß sich die Distanz zwischen der von Djukanović geführten Regierung und der neuen serbischen Führung weiter vergrößert hat.⁹⁷

Trotz der Ablehnung einer Unabhängigkeit durch die ehemalige serbische demokratische Opposition, erkennt sie die Notwendigkeit an, die Beziehungen zwischen beiden Republiken grundlegend neu zu bestimmen. Hierbei hilft der Umstand, daß die Opposition insgesamt und insbesondere der neue jugoslawische Präsident Koštunica die jugoslawischen Verfassung von 1992 ablehnen. Koštunica fordert ein Referendum in Serbien und Montenegro zur Klärung der Beziehungen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Für Koštunica müssen in einem neuen institutionellen System den engen historischen und ethnischen Verknüpfungen Rechnung getragen werden.⁹⁸

Aus der Sicht der Opposition sollte auch der Name Jugoslawien durch einen neuen, so zum Beispiel „Serbien-Montenegro“, ersetzt werden, da Jugoslawien begrifflich kaum den gegenwärtigen Staat korrekt umschreibt.⁹⁹ Eine derartige Umbenennung würde auch den Eigenständigkeitsbestrebungen Montenegros entgegenkommen, da es die Gleichwertigkeit der Republik im Namen bezeugen würde.

Lösungsmodelle

Eine langfristige Lösung der Spannungen zwischen Montenegro und Serbien erfordert einerseits eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den jeweiligen Regierungen und andererseits innerhalb Montenegros eine Klärung über die Präferenzen der Mehrheit der Bevölkerung. Durch das Ende der Herrschaft von Milošević erleichtert sich in Montenegro eine Diskussion über die Stellung der Republik, da die zusätzliche Trennlinie zwischen pro- und anti-Milošević Kräften aufgehoben wurde. Aufgrund der lange anhaltenden Spaltung der montenegrinischen Bevölkerung über die Beziehungen zu Serbien ist jedoch auch in Zukunft keine deutlicher Mehrheit für oder gegen die Unabhängigkeit der Republik zu erwarten.

Dušan Janjić sieht lediglich zwei langfristige Lösungsmodelle der zukünftigen Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro. Das erste Modell ist eine Union zwischen Montenegro und Serbien auf einer völlig neu ausgehandelten Grundlage unter klar definierten Bedingungen. Die zweite Lösung ist die Unabhängigkeit Montenegros.¹⁰⁰ Das Ende der Herrschaft Milošević und die Möglichkeit von konkreten Verhandlungen zwischen den demokratisch gewählten Repräsentanten der beiden Republiken lässt die erste Option wahrscheinlicher erscheinen.

Die konkreten Vorstellungen der ehemaligen Opposition sind noch weitgehend unklar. So wird in dem Program der Opposition der Beginn von Verhandlungen mit der

⁹⁷ Monitor, 25.8.2000.

⁹⁸ Ausserdem betonte Koštunica die Notwendigkeit die geringe Grösse Montenegro (ein Drittel der Einwohner von Belgrad) zu berücksichtigen. Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000.

⁹⁹ Independent, 15.10.2000. Diese Forderung findet sich unter anderem bereits im Parteiprogramm der DSS vom 5.12.1992.

¹⁰⁰ Dušan Janjić, Velike Iluzije, Monitor, 15.9.2000

montenegrinischen Führung über die Union von Serbien und Montenegro gefordert, jedoch nicht genauer beschrieben, welche Position DOS vertritt.¹⁰¹

Die montenegrinische Führung hingegen legte bereits im August 1999 eine Plattform zur Errichtung einer neuen losen Konföderation zwischen Serbien und Montenegro vor. Dieser neue Staat sollte ein gemeinsames Parlament, Präsidentschaft und Ministerrat mit fünf Ministerien umfassen. Die Kompetenzen dieses neuen Staates würden sich aus montenegrinischer Sicht auf Verteidigung und Aussenpolitik, Grundlagen des wirtschaftlichen Systems, Förderung von Wissenschaft und technischer Entwicklung beschränken.¹⁰² Die Demokratische Partei Serbiens, die innerhalb von DOS die kritischste Haltung gegenüber Djukanović vertritt, lehnte bereits im Sommer 1999 die Plattform der montenegrinischen Regierung als versteckte Unabhängigkeitserklärung ab. Zugleich betonte Vojislav Koštunica jedoch das Ergebnis eines Referendums zu respektieren wollen.¹⁰³

Die Bereitschaft der ehemaligen Opposition, sowie der montenegrinischen Führung, zum Dialog erhöht die Chancen auf eine Neuordnung der Beziehungen zwischen beiden Republiken. Eine Schwierigkeit, die sich für die neue belgrader Regierungsparteien stellt ist die Klärung ihrer Position zu Montenegro, die sich weitaus komplexer als zu Gebieten mit Minderheitsbevölkerungen gestalten. Die bedeutsame Zahl von Serben und pro-serbischen Montenegrinern in Montenegro, sowie von Montenegrinern in Serbien verwischt eine klare Trennlinie zwischen beiden Republiken, selbst nach einer institutionellen Klärung. Teile der montenegrinischen Öffentlichkeit befürchten die Einmischung der ehemaligen Opposition in die Politik Montenegros und die Unfähigkeit die Eigenständigkeit der Republik de-facto anzuerkennen.¹⁰⁴ Neben der Neubestimmung der Beziehung zwischen Montenegro und Serbien gilt es auch anderen Aspekte zu klären, so das Verhältnis von serbisch-orthodoxer Kirche und montenegrinisch-orthodoxer Kirche, die in den vergangenen Jahren stark von Unabhängigkeitsbefürwortern gefördert wurde. Auch die Rolle serbischer Parteien in Montenegro ist weiterhin unklar. Obwohl nur JUL und die Radikale Partei (erfolglos) auch in Montenegro kandidierten stellt sich die Frage, welche Rolle die ehemaligen serbischen Oppositionsparteien in Montenegro spielen können und werden.

2.3. Die Politischen Optionen der Kosovo Serben und die Zukunft des Kosovo

Die Position der Kosovo Serben

Die Lage der Serben im Kosovo ist mehr als ein Jahr nach Beginn der UN Mission in der jugoslawischen Provinz nach wie vor unübersichtlich. Es fehlen genau Angaben über die Zahl der verbliebenen Serben, und die Sicherheitslage der Serben ist nach wie vor prekär.¹⁰⁵ Heutzutage lebt die überwältigende Mehrheit der Serben in einigen

¹⁰¹ Program Demokratske Opozicije Srbije za Demokratsku Srbiju, G17plus (Belgrad 2000), S. 2. Der einzige umfangreiche Lösungsvorschlag neben der Plattform der montenegrinischen Regierung stammt von drei Wissenschaftlern, die der ehemaligen serbischen Opposition nahestehen. Boško Mijatović, Dragoljub Popović, Slobodan Samardžić, Zajednica Srbije i Crne Gore. Predlog ustavne rekonstrukcije SR Jugoslavije (Belgrad 2000).

¹⁰² International Crisis Group, Current Legal Status of the Federal Republic of Yugoslavia (FRY) and Serbia and Montenegro, 19.9.2000.

¹⁰³ Vojislav Koštunica, DSS Statement of the President, 6.8.1999.

¹⁰⁴ Monitor, 25.8.2000.

¹⁰⁵ Es wird geschätzt, daß zwischen 90.000 und 100.000 Serben im Kosovo leben, während 200.000 Serben den Kosovo verlassen haben. Diese Zahlen sind jedoch fragwürdig, da nach der Volkszählung 1991 insgesamt nur knapp 200.000 Serben in der Provinz lebten. Julie Mertus,

Enklaven. Die Größte erstreckt sich vom nördlichen Teil Mitrovicas hin zur serbischen Grenze. Die zweiten Enklave umgibt die Ortschaft Gračanica und die Stadt Lipljan in Zentrum des Kosovo. Zwei weitere mehrheitlich serbische Gebiete sind in der Umgebung von Kamenica, sowie in der Gegend um Strpce.¹⁰⁶

Nach Kriegsende haben sich verschiedene serbische Nationalräte gebildet, die die Serben in den verschiedenen Enklaven des Kosovo vertreten. Die wichtigste Nationalräte befinden sich in Mitrovica unter Führung von Oliver Ivanović und in Gračanica unter Leitung des Bischofs Artemije. Die Nationalräte sind generell überparteiliche Foren, die die Belange der Serben in den jeweiligen Regionen wahrnehmen. Die Mitglieder der Räte sind teils (formal) unabhängig, gehören Oppositionsparteien an oder sind Mitglieder der serbisch-orthodoxen Kirche.

Trotz der Versuch die politische Repräsentation der Kosovo Serben zu vereinigen, sind die Kosovo Serben zwischen den Zentren Gračanica und Mitrovica gespalten. So nahmen die Vertreter des Nordkosovo um Mitrovica an den jugoslawischen Wahlen im September 2000 teil. Die Serben der von Serbien losgelösten Enklaven haben die Wahlen jedoch boykottiert, selbst wenn sie Oppositionsparteien angehörten. Die politische Vertretung des Kosovo Serben war lediglich in ihrem Boykott der von den internationalen Verwaltung organisierten Kommunalwahlen im Oktober 2000 im Kosovo vereint.¹⁰⁷

Mit dem Beginn der internationalen Administration des Kosovo haben sich die politischen Optionen der Kosovo Serben grundlegend geändert. Bei allen Wahlen in den neunziger Jahren konnte die Sozialistische Partei auf die überwältigende Mehrheit der Stimmen der Kosovo Serben zählen und aufgrund des Wahlboykotts der Kosovo Albaner einen bedeutenden Vorsprung durch die Wahlbezirke im Kosovo erreichen.¹⁰⁸ Die SPS im Kosovo ging jedoch bereits geschwächt in den Krieg.¹⁰⁹ Durch den Krieg und den Friedensschluß, der von den Serben des Kosovo als Kapitulation angesehen wird, wurde der Sozialistischen Partei weitgehend die Unterstützung entzogen. Zudem verließ fast die sozialistische Parteiführung die Provinz.¹¹⁰ Bei den Wahlen im September 2000 stimmte nach Angaben der Wahlkommission die Mehrheit der Kosovo Serben für die Sozialistische Partei. Aufgrund Wahlfälschung, dem partiellen Boykott von Kosovo Serben und der prekären Sicherheitslage ist diese Ergebnis nicht repräsentativ, wenn auch die Unterstützung für Milošević unter Kosovo Serben vor dem Machtwechsel grösser als in Serben insgesamt war.¹¹¹

Kosovo. How Myths and Truths Started the War (Berkely, Los Angeles und London 1999), S. 316.

¹⁰⁶ Dušan Bataković, The Serbs in Kosovo-Metohija. War, International Protectorate and National Catastrophe, Eurobalkans (Autumn/Winter 1999), S. 35.

¹⁰⁷ Danas, 9.-10.9.2000.

¹⁰⁸ Siehe Zoran Lutovac, The Participation of Minorities in Public Life, Vladimir Goati (Hg.) Elections to the Federal and Republican Parliaments of Yugoslavia (Serbia and Montenegro) 1990-1996 (Berlin 1998), S. 129.

¹⁰⁹ So waren bereits 1997 Artemije und die zwei wichtigsten Vertreter der Widerstandsbewegung weitaus beliebter als die Repräsentanten der SPS. Vreme News Digest Agency, 2.8.1997.

¹¹⁰ Auf lokaler Ebene behielt die SPS jedoch oftmals ihren Einfluß bei. Dies wurde sogar oftmals (unfreiwillig) durch die internationalen Organisationen gefördert, die bei der Verteilung von humanitärer Hilfe auf bestehende Verteilungsstrukturen, sprich SPS Verwaltungen in serbischen Gemeinden zurückgriff. Interview mit einem UNMIK Vertreter, April 2000.

¹¹¹ Danas, 30.9.-1.10.2000; Danas, 7.10-8.10.2000.

Die politischen Vertreter der Kosovo Serben haben ihre politischen Wurzeln zu einem grossen Teil in extremen Nationalismus, wenn auch einige in den vergangenen Jahren einen Wandel vollzogen haben.¹¹²

Zu den Vertretern der Kosovo Serben gehört die Serbische Widerstandsbewegung von Momčilo Trajković, die seit 1994 Kritik an der Kosovo-Politik des Regime geübt hat. Die Organisation verfolgt zunächst einen extrem nationalistischen Kurs, mässigte sich jedoch seit 1996/7 und legte gemeinsam mit der serbisch-orthodoxen Kirche im Kosovo unter Führung des Bischofs Artemije Lösungsvorschläge für den Kosovo vor. Die Widerstandsbewegung als einzige Partei der Kosovo Serben unterstützt die Koalitionsbündnisse der Opposition in der Vergangenheit und gehört auch der Demokratischen Opposition Serbiens an.¹¹³ Eine weitere wichtige Repräsentantin der Kosovo Serben ist Rada Trajković.¹¹⁴ Sie gehörte als Mitglied der Radikalen Partei der serbischen Regierung an, trat jedoch 1998 von allen Ämtern zurück und befürwortet mittlerweile die Kooperation mit der internationalen Verwaltung und ist Mitglied in der Christdemokratischen Partei Serbiens, Teil der Oppositionskoalition.¹¹⁵ Der einflussreichste Repräsentant der Serben im Norden des Kosovo ist Oliver Ivanović, Präsident der Nationalrates von Mitrovica. Ivanović gehört auch der Opposition an, vertritt jedoch eine nationalistischere Linie als die politische Vertretung des Zentralkosovo und stand einer engen Zusammenarbeit mit der UNMIK stets kritisch gegenüber.¹¹⁶

Weiterhin nimmt die serbisch-orthodoxe Kirche unter Leitung des Bischofs für Raška und Prizren Artemije eine wichtige politische Rolle ein. Gemeinsam mit der Widerstandsbewegung artikulierte sie schon früh die Interessen der Kosovo Serben, auch auf internationaler Ebene. Die relativ moderate Linie, sowie die Kooperationsereitschaft mit der internationalen Verwaltung, begrenzte die Unterstützung für Artemije nach Ende des Kosovo Krieges unter Kosovo Serben. Der Haupteinfluss liegt in der Enklave von Gračanica. Aus den jugoslawischen Wahlen im September und den Machtwechsel gingen Momčilo Trajković und Oliver Ivanović durch ihre Unterstützung für Koštunica gestärkt hervor, während Bischof Artemije durch den Boykott weiter geschächt wurde.¹¹⁷

Die politischen Vertreter der Kosovo Serben halten alle an dem Fortbestand des Kosovo als Teil Serbiens bzw. Jugoslawiens fest. Bischof Artemije und Momčilo Trajković vertraten eine Kantonisierung der Provinz, durch die die bereits bestehenden serbischen Enklaven institutionalisiert werden sollen. Diese territoriale Autonomie auf lokaler Ebene soll die Serben der Provinz innerhalb eine Kosovo-weiten Autonomie schützen.¹¹⁸ Die politische Vertretung von Mitrovica unterstützt das Projekt der Kantonisierung, da dieses Gebiet jedoch direkt an Serbien selber angrenzt, befürdet der dortige serbische Nationalrat in erster Linie engere Kontakte mit Serbien selber.¹¹⁹

¹¹² Siehe Jean-Arnault Derens, *Lendemain amers pour les orphelins de la 'Grande Serbie'*, *Le Monde Diplomatique* (November 1997), S. 14-15.

¹¹³ Dušan Bataković, *Cantonization of Kosovo-Metohija. A Proposal* (1998); *Danas*, 4.12.1999.

¹¹⁴ nicht verwandt mit Momčilo Trajković.

¹¹⁵ *Betaweek*, 4.5.2000.

¹¹⁶ *Reporter*, 8.3.2000.

¹¹⁷ International Crisis Group, *Balkans Briefing: Reactions in Kosovo to Koštunica's Victory*, 10.10.2000. M. Trajković ist DOS-Koordinator für den Kosovo.

¹¹⁸ *Glas Javnosti*, 28.8.1999.

¹¹⁹ So droht der Nationalrat von Mitrovica im Fall, daß die Kantonisierung abgelehnt würde, die Sezession vom Kosovo. *Blic*, 28.8.1999.

Noch vor den politischen Konzeption spielt die Sicherheitslage der Serben im Kosovo die wichtigste Rolle für die politischen Vertreter der Kosovo Serben. Alle serbische Politiker in der Provinz setzten sich für eine Rückkehr von serbischen Flüchtlingen ein. Neben der Flüchtlingsrückkehr spielt die Klärung des Schicksals von vermissten Serben und der Schutz von Serben und historischen Monumenten die wichtigste Rolle.

Die enge Zusammenarbeit wichtiger Verteter der Kosovo-Serben mit der ehemaligen Opposition, sowie die Schwächung der Unabhängigkeitsforderung der Albaner durch den Machtwechsel in Jugoslawien, hat die Position der Kosovo Serben nach dem Machtwechsel gestärkt. Der zentrale Bezugspunkt für grosse Teile der Kosovo Serben in weiterhin Belgrad, während es nur keine Kontakte zwischen Kosovo Albanern und Serbien gibt. In Folge sind auch die Beziehungen zwischen Serben und Albanern des Kosovo auf eine Minimum reduziert. Obwohl die internationale Verwaltung versucht Kommunikationskanäle zu öffnen, hat der Krieg und die Verbrechen der jugoslawischen Armee bzw. serbischen Polizei, die Rachakte von albanischer Seite und die territoriale Trennung die beiden Nation weiter von einander entfernt, so daß sich eine Annäherung weiterhin sehr schwierig gestaltet.

Die neuen belgrader Regierungsparteien

Kosovo ist nach dem Machtwechsel in Jugoslawien eine der grössten Herausforderungen für die neue Regierung. Obwohl sich der Kosovo der direkten Kontrolle der serbischen oder jugoslawischen Regierung entzieht, spielt der Kosovo ein wichtigere politische Rolle als die anderen offenen territorialen Fragen. Im Gegensatz zu Montenegro oder Bosnien (Republika Srpska) betrifft die Frage des Kosovo Serbien selber. Weiterhin spielt Kosovo eine wichtigere Rolle für die serbische nationalen Identität, als andere Territorien. Was die Frage des Kosovo besonders erschwert, ist der Umstand, daß es zwischen den Lösungsvorstellungen auf serbischer und albanischer Seite keine Überschneidungen gibt.¹²⁰ Die Kriegserfahrung und die Loslösung des Kosovo von Serbien hat die Unabhängigkeitsbestrebungen unter Albaner des Kosovo bestärkt und die Glaubwürdigkeit der serbischen Opposition aus albanischer Sicht weiter geschwächt.

In Serbien existiert heute keinen nenneswerte politische Kraft, die bereit wäre eine Unabhängigkeit des Kosovo zu akzeptieren. Trotz der unterschiedlichen Bedeutung, die der nationale Frage innerhalb der ehemaligen Opposition beigemessen wird, bestehen keine nennenswerte Unterschiede in politischen Lösungsvorstellungen. Die Variationen ergeben sich in erster Linie in der Bedeutung, die dem Kosovo-Problem zugeordnet wird, sowie im Umgang mit der internationalen Verwaltung in der Provinz und den Ereignissen in den vergangenen Jahren.

Koštunica und die Demokratische Partei Serbiens haben ihre nationale Glaubwürdigkeit zu einem grossen Teil auf der Kritik an der NATO und den Forderungen der albanischen Bevölkerung aufgebaut.¹²¹ Die meisten Parteien der Opposition haben dem Kosovo seit Ende des Krieges jedoch weniger Aufmerksamkeit geschenkt und betont, daß die wichtigsten politischen Fragen Serbien selber betreffen.¹²²

¹²⁰ Vgl. Anton Kummer, Mirjam Polzer-Srienz, Miroslav F. Polzer, Politische Ordnungsvorstellungen der Regierungs- und Oppositionsparteien Serbiens Sowie einiger Ausgewählter Serbischer und Albanischer Gruppierungen, Josphe Marko (Hg.), Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder Entwirren (Baden-Baden 1999), S. 27-45.

¹²¹ Bis zum Sommer 2000 übte Koštunica mehr Kritik an UNMIK und Bernard Kouchner, als an Milošević und dem Regime.

¹²² Vreme, 13.11.1999.

Bereits bevor die ehemalige Opposition durch den Machtwechsel in internationale Foren direkt eingebunden wurde, war der Oppositionsführung klar, daß Kosovo nur im Rahmen der internationalen Abkommen formal Teil von Jugoslawien bleiben wird. So erklärte Vojislav Koštunica im Juli 2000 in Bezug auf die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: „Im Moment denke ich nur an die Bedingungen von Resolution 1244 des UN Sicherheitsrates. Ich denke an keine andere Lösung ausserdem... Der einzige Ausweg ist eine Übergangslösung die einige Jahre dauern sollte und dann werden wir sehen wie sich die Lage entwickelt hat... Ohne eine internationale Präsenz ist eine solche Übergangslösung nicht möglich“¹²³ Dementsprechend verlangte Zoran Djindjić wenige Tage nach dem Machtwechsel eine vollständige Umsetzung der UN Resolution 1244, die eine begrenzte Rückkehr serbischer Polizei und vorsieht.¹²⁴ Durch die Einbindung der wichtigsten politischen Vertreter der Kosovo-Serben in die Oppositionskoalition sind die ihren Interessen stärker als zuvor durch die jugoslawischen Behörden vertreten. Die unterschiedlichen Auffassungen über Zusammenarbeit mit der internationalen Verwaltung und der albanischen Bevölkerung zwischen politischen Vertretern der Kosovo Serben, sowie innerhalb der gesamt ehemaligen Opposition, verhindert jedoch eine kohärente Politik Serbiens gegenüber dem Kosovo.

Der endgültige Status für Kosovo

Die wohl wichtigste ungelöste territoriale Frage in Südosteuropa heute ist der Status des Kosovo. Obwohl die Provinz durch die Resolution 1244 eindeutig als Bestandteil Jugoslawiens definiert wird, kann damit der Konflikt kaum als gelöst angesehen werden. Der Status der Provinz hat keine hervorragende Rolle im Wahlkampf der Opposition gespielt und die politischen Prioritäten Serbiens bzw. Jugoslawiens nach einem Machtwechsel richten sich weniger auf den Kosovo, und vielmehr auf die zahlreichen innenpolitischen (im Sinne von Serbien ohne Kosovo) Herausforderungen. Die anhaltende Unsicherheit für die Serben des Kosovo kann jedoch langfristig eine Bedrohung für den Reformprozess in Serbien darstellen. Die Lösung des Konflikts um den Kosovo bedarf zweierlei Phasen. In der ersten Phase ist der Schutz der serbischen Bevölkerung im Kosovo, sowie die Rückkehr der rückkehrwilligen Flüchtlinge von grosser Bedeutung. Um dies zu erreichen, bedarf es eines serbisch-albanischen Dialogs innerhalb des Kosovo und zwischen Kosovo und Serbien.¹²⁵

Langfristig stellt sich für den Kosovo die Frage des endgültigen Status. Ein Rückkehr des Kosovo zu Serbien ist hierbei wenig aussichtsreich, während eine „bedingte Unabhängigkeit“, wie sie kürzlich von der unabhängigen internationalen Kosovo Kommission vorgeschlagen wurde, ist die wahrscheinlichste Lösung darstellt.¹²⁶ Die

¹²³ Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000

¹²⁴ Nach Resolution 1244 des UN Sicherheitsrates dürfen jugoslawische Armee und serbische Polizeieinheiten zur Präsenz an Grenzübergängen, in Verbindungsbüros zur internationalen Verwaltung, zum Schutz von serbischen Kulturgütern und zur Minenräumung in den Kosovo zurückkehren. UN Sec. Coun. Res 1244 (1999), Annex 2. Dieser Vorschlag wurde sowohl von UNMIK, als auch von albanischen Politikern abgelehnt. Free92 News, 11.10.2000.

¹²⁵ Erst nach den Lokalwahlen im Oktober 2000 signalisierte der neue jugoslawische Präsident Koštunica Gesprächsbereitschaft mit der Führung der Kosovo Albaner. Neue Züricher Zeitung, 1.11.2000.

¹²⁶ Bedingt bedeutet hierbei die Unabhängigkeit unter Bedingung eines international gesicherten Schutzes von Minderheitenrechten und Präsenz von KFOR, sowie eingebettet in einer verstärkten regionalen Kooperation im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Die Kommission wurde vom UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt und von Richard

Unabhängigkeit der Provinz kann jedoch eine Gefahr für die demokratische Entwicklung in Serbien bedeuten, insbesondere wenn die demokratische Regierung in Serbien bzw. Jugoslawien mit diesem Schritt identifiziert wird, ohne daß ein breiter Wandel in der öffentlichen Meinung Serbiens stattfindet. Somit bietet sich eine mögliche Unabhängigkeit nur als das Ergebnis eines langen andauernden Prozesses an und weniger als Lösung an sich.

2.4. Minderheitenfragen und Regionalautonomie in der Vojvodina

Anders als im Fall des Kosovo stieß die Abschaffung der Autonomie der Vojvodina 1988/1989 auf keinen vergleichbaren Widerstand. Dies läßt sich in erster Linie durch die Bevölkerungsverteilung der Provinz erklären. Obwohl Vojvodina eine multinationale Gegend darstellt, mit neun Minderheiten über 10.000 Einwohnern, sind Serben mit 56,79 % der Bevölkerung in der deutlichen Mehrheit. Die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe sind Ungarn mit 16,86 % der Einwohner der Vojvodina.¹²⁷ Die Errichtung der Autonomie für die Vojvodina nach dem 2. Weltkrieg wurde nicht nur durch die hohe Zahl an Minderheiten gerechtfertigt, sondern auch durch die eigenständige historische Entwicklung der Region. Seit der Einführung der neuen serbischen Verfassung von 1990 ist das Ausmaß der Selbstverwaltung in der Vojvodina stark eingeschränkt. Es besitzt jedoch nach wie vor ein eigenes gewähltes Parlament, das jedoch keine Gesetze beschließen darf, sondern lediglich Empfehlungen an das serbische Parlament richten kann. Obwohl der Schutz der Minderheiten in der Vojvodina auch unter Milošević besser als in anderen Landesteilen gesichert blieb, sank das Niveau in der Provinz stark ab.

Die Position der Minderheiten

Trotz der geringeren nationalen Spannungen in der Vojvodina als im Kosovo oder im Sandžak artikulierten Minderheitenvertreter in den neunziger Jahren Forderung nach einer Wiederherstellung der Autonomie, bzw. der Verhandlung einer neuen Form der Selbstverwaltung. So schlug die wichtigste Partei der Ungarn, die Demokratische Gemeinschaft der Ungarn in der Vojvodina (DZVM), 1992 eine dreistufige Autonomie vor. Diese sah die eine Führung der Personalautonomie, die Schaffung einer ungarischen Selbstverwaltungseinheit und lokale Selbstverwaltung ungarischer Kommunen vor.¹²⁸ 1996 legt die Bündnis der Vojvodina Ungarn (SVM) einen ähnlichen Plan vor, jedoch mit einer verstärkten Betonung eines selbständigen

Goldstone geleitet. Independent International Commission on Kosovo, The Kosovo Report. Conflict, International Response, Lessons Learnt (Oxford 2000), S. 283-294.

¹²⁷ Insgesamt leben in der Vojvodina 26 verschiedene Nationen. Diese Zahlen beziehen sich auf die Volkszählung 1991. Seitdem haben sich die Zahlen weiter zugunsten der serbischen Mehrheit verschoben. Zahlreiche Kroaten (45.000-50.000 aus der ganzen BRJ) und Ungarn (25.000-30.000 bis 1994 nach Angaben der damals größten Partei der ungarischen Minderheit) sind emigriert, werden ungefähr 230.000 der über 500.000 serbischen Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien in der Provinz angesiedelt wurden. United Nations, Economic and Social Council, Elisabeth Rehn, Situation of Human Rights in the Territory of the former Yugoslavia. Special Report on Minorities. E/CN.4/1997/8 (25.10.1996).

¹²⁸ Obwohl sich dieser Plan auf die Vojvodina bezieht, sieht er keine Autonomie für die gesamte Vojvodina vor, sondern nur für Gebiete die mehrheitlich von Ungarn bewohnt sind. Hungarian Autonomy – The Position of the DCHV on Autonomy, 25.4.1992, Selected documents of the Democratic Community of Hungarians in Voivodina (DCHV), Novi Sad 1994; András Ágoston, The Autonomy Conception of the Hungarian Democratic Community of Vojvodina General Principles for Analysis, Vilmos Ágoston, Autonomy. Challenge and/or Solution (Budapest 1994), S. 39-44.

ungarischen Bildungssystems.¹²⁹ Während diese Projekte nicht die Wiedereinführung der Autonomie für die gesamte Vojvodina forderten, kam es 1997 zu einem Vorschlag von verschiedenen Minderheiten- und Lokalparteien zur Wiederherstellung der Autonomie. Obwohl in dem Dokument versucht wird, den Inhalt der Autonomie neu zu formulieren, ähnelt der Vorschlag dem Status der Provinz vor 1989.¹³⁰ Dieser Vorschlag war in so fern von Bedeutung, als er serbische Regionalisten erstmals mit Parteien der Minderheiten vereinte. So akzeptierten die Minderheiten eine Autonomie für die gesamte Vojvodina, während die regionalistischen Parteien anerkannten, daß neben der Autonomie der Provinz einer weitere Ebene von Minderheitenschutz notwendig ist. Im August 1999 wurde ein Versuch unternommen, die zunehmend zersplitterte Parteienlandschaft der Ungarn durch die Schaffung eines Provisorischen Nationalrats der Vojvodina Ungarn zu überbrücken. Unter der Regierung Órban nahm Ungarn auch eine aktiver Rolle ein und kam mit den Vertretern der Vojvodina Ungarn überein, diese international zu vertreten. Bei gleicher Gelegenheit wurde ein neuer drei Stufen Plan verabschiedet, der erneut die Wiederherstellung der Autonomie der Vojvodina vorsah.¹³¹

Die ungarischen Parteien konnten im Gegensatz zu anderen Minderheitenparteien im Jugoslawien der neunziger Jahre auf lokaler Ebene Ämter gewinnen und einige Städte und Gemeinden, gelegentlich gemeinsam mit serbischen Oppositionsparteien, verwalten.¹³² Ungarische Parteien waren somit besser in die politische Landschaft Serbiens integriert und konnten auch innerhalb der serbischen Opposition eine Rolle spielen.

Lokale Mehrheitsparteien

Neben der politischen Vertretung der ungarischen Minderheit ist die Vojvodina die einzige Region Serbiens in der verhältnismäßig starke Regionalparteien bestehen. Die Regionalparteien haben in den vergangenen Jahren untereinander Konflikte und Spaltungen erlebt, die sich teils auf programmatische und teils auf personellen Gründen beruhten. Drei Parteien vertreten regionale Interessen, die Sozialdemokratische Liga der Vojvodina unter der Führung von Nenad Čanak, die Vojvodina Koalition von Dragan Veselinov und die Reformisten der Vojvodina unter Führung von Miodrag Isakov. Die Sozialdemokratische Liga und Reformisten gehören zu einem Bündnis von Regionalparteien, sowie Parteien mit sozialdemokratischem Hintergrund und Vertretern von Minderheiten.¹³³ Das Bündnis

¹²⁹ SVM, Proposal for an Agreement on the Self-Organization of Hungarians in the Vojvodina—The Concept of the Alliance of Hungarians in the Vojvodina (18.1.1996) Die SVM spaltete sich 1994 von der DZVM ab und übernahm fortan die führende Rolle in der Vertretung der Ungarn. Während die SVM eine pragmatischer Linie einnahm, war die Spaltung eher auf personelle Gründe zurückzuführen. S. Zoran Lutovac, The Participation of Minorities in Political Life, Vladimir Goati (Hg.), Elections to the Federal and Republican Parliaments of Yugoslavia (Serbia and Montenegro), 1990-1996 (Berlin 1998), S. 194.

¹³⁰ Proposal for the Change of the Constitutional Status of the Autonomous Provinc of Vojvodina (29.1.1997).

¹³¹ Außerdem sieht der Plan erneut Personalautonomie für Ungarn und die territoriale Selbstverwaltung ungarischer Bezirke vor. Siehe Milan Milošević, Die Parteienlandschaft Serbien (Berlin 2000), S. 79-80.

¹³² So wurde Subotica in den neunziger Jahren durchgehend von ungarischen und kroatischen Minderheitsparteien regiert. Siehe Tamas Korhecz, Subotica-Haven of Multicultural Coexistence, Nenad Dimitrijević (Hg.) Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia (Budapest 2000), S. 411-428.

¹³³ Das Bündnis Demokratischer Parteien hat stärker als die meisten anderen politischen Kräfte den Einfluss des Nationalismus in Serbien kritisiert.

vertritt eine Dezentralisierung Serbiens. Ähnlich fordert die Koalition Vojvodina, sowie die meisten Vertreter der Regionalparteien eine erhöhte wirtschaftliche Autonomie für die Vojvodina. Der radikalste Reformvorschlag kommt von der Sozialdemokratischen Liga, die für die Vojvodina den Status der Republik fordert. Weiterhin hat Čanak die Umgestaltung Serbien in einen Bundesstaat vorgeschlagen.¹³⁴

Die Wiederherstellung der Autonomie der Vojvodina wurde von den Vertretern der nationalen Minderheiten lange Zeit kritisiert. Hierfür lassen sich zahlreiche Gründe anführen. So kann die Autonomie der Provinz aufgrund der serbischen Bevölkerungsmehrheit nicht als territoriale Autonomie der Minderheit betrachtet werden. Innerhalb einer Provinzverwaltung können nationale Minderheiten ähnlich wie in ganz Serbien marginalisiert werden, erst mit dem erwähnten Abkommen von 1997 gelang die programmatische Annäherung von Regional- und Minderheitenparteien.

Die Popularität einer derart weitgehenden Dezentralisierung dürfte selbst in der Vojvodina niedrig sein. In anderen Teilen Serbiens, auch innerhalb der serbischen Opposition stößt die Forderung nach einer Republik Vojvodina auf Ablehnung. Umfragen zufolge waren jedoch 60 % der Bevölkerung der Vojvodina unter Milošević unzufrieden mit dem Status der Provinz. Die Regionalparteien erreichten gemeinsam als Koalition Vojvodina bei der serbischen Parlamentswahlen 1997 nur 2.72 % (112.589 Stimmen). Da sie bei den Wahlen im September 2000 auf allen Ebenen als Teil der demokratischen Opposition kandidierten, läßt sich ihr wirklicher Beliebtheitsgrad schwer einschätzen. Der Umstand, daß die Opposition den Regionalparteien und den Vertretern der nationalen Minderheiten 51 % der Sitze auf den Wahllisten der Vojvodina zugestanden haben, kann als Hinweis auf eine Stärkung der regionalen Option gelten.¹³⁵ Auch der überwältigende Wahlsieg der Opposition bei den Wahlen für das Parlament der Vojvodina hat die Option der Regionalautonomie gestärkt.¹³⁶

Die neuen belgrader Regierungsparteien

Obwohl die Beziehungen zwischen den Minderheiten in der Vojvodina und der serbischen Opposition in Belgrad nie vergleichbar wie dem Sandžak oder gar im Kosovo belastet waren, haben die grössten Oppositionsparteien die Minderheiten in den neunziger Jahren vernachlässigt. Dies geschah oftmals aus Sorge durch minderheitenfreundliche Politik im nationalistischen Klima Serbiens serbische Wähler zu verlieren. Zudem hat die Ethnisierung der politischen Landschaft Serbiens dazu geführt, das auch die Minderheiten fast ausschliesslich für „nationale“ Parteien der jeweiligen Volksgruppe gewählt haben.¹³⁷ Unter den belgrader Oppositionsparteien haben sich lediglich die Bürgerallianz Serbiens (Gradjanski Savez Srbije, GSS) und die aus ihr hervorgegangene Sozialdemokratische Union (Socialdemokratska Unija,

¹³⁴ Trotz dieser Position arbeitete die Liga auf lokaler Ebene erfolgreich mit belgrader Oppositionsparteien zusammen. Željko Cvijanović, Provincial Resistance, IWPR Balkan Crisis Report, No. 156, 14.7.2000.

¹³⁵ Mihajlo Ramac, Vojvodina Opposition Plans Cautious Campaign, IWPR Balkan Crisis Report, No. 162, 4.8.2000.

¹³⁶ Die erste Runde der Wahlen für das Parlament der Vojvodina fanden gemeinsam mit den jugoslawischen Parlaments und Präsidentschaftswahlen statt. Die zweite Runde fand am 8. Oktober 2000 statt. Das Oppositionsbündnis konnte hierbei 117 des 120 Sitze gewinnen. Nenad Čanak wurde in Folge zum Parlamentspräsidenten gewählt. AFP, 11.10.2000.

¹³⁷ Hierzu siehe Dejan Guzina, The Vojvodina Hungarians and the Sanjak Muslims: Repression and Response, Analysis of Current Events May 2000, Jhrg. 12, Nr. 3, S. 6-8.

SDU) von Žarko Korać im Rahmen des Bündnis Demokratischer Parteien aktiv um eine Einbindung der ungarischen und anderen Minderheiten bemüht.¹³⁸

Auch auf programmatischer Ebene sind die meisten Oppositionsparteien den Minderheiten nur wenig entgegengekommen. Sowohl die Demokratische Partei Serbiens, als auch die serbische Erneuerungsbewegung wenden sich strikt gegen jegliche Autonomie und führen die Unzufriedenheit der Bürger der Provinz, ob Minderheit oder Mehrheitsbevölkerung, auf fehlende Demokratie in Serbien und weniger auf fehlende Autonomie zurück. Während die SPO an einer zentralistischen Organisation Serbiens festhält, vertritt die DSS eine Regionalisierung Serbiens, ohne jedoch der Vojvodina einen besonderen Status zuzugestehen. Die Demokratische Partei hat sich im Verlauf der neunziger Jahre generell flexibler gezeigt, wenn die Partei jedoch auch in erster Linie eine Dezentralisierung des Staates insgesamt verfolgt.

Nach den erfolglosen Ergebnissen der Wahlen vor 2000 wurde jedoch deutlich, daß nur durch die Einbeziehung der Minderheiten ein Machtwechsel herbeiführt werden kann.¹³⁹ In Folge dient die Bündnis Demokratischer Partei als strukturelle Basis, durch die Demokratische Opposition Serbiens erstmals die wichtigsten Minderheitenparteien einbeziehen konnten. Diese Entwicklung war nicht nur bei dem Wahlsieg der Opposition instrumental. In der weiteren Entwicklung interethnischer Beziehung, insbesondere in der Vojvodina, dürfte die Kooperation beim politischen Wandel in Serbien das Vertrauen in die Loyalität der Minderheiten gestärkt und die Erkenntnis herbeigeführt haben, daß die Demokratisierung nur mit und nicht gegen nationale Minderheiten durchgeführt werden kann.

Lösungsmodelle für die Vojvodina

Die Regelung der interethnischen Beziehungen innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien gestaltet sich in der Vojvodina nach dem Machtwechsel an leichtesten. Trotz vereinzelter Zwischenfälle (insbesondere gegen Kroaten während des serbisch-kroatischen Krieges 1991/2) blieb das Niveau nationaler Spannungen in der Vojvodina niedriger als im Kosovo oder Sandžak. Der Dialog der Minderheitenvertreter und serbischen Oppositionsparteien kulminierte in zwei Treffen Ende 1999 und Anfang 2000 in Wien und Athen. Diese Treffen, organisiert vom Project for Ethnic Relations, führte zu einer abschliessenden Deklaration, die als Basis für die zukünftiger Regelung der Position der Minderheiten in der Vojvodina dienen kann. So erkannten die Teilnehmer (mit Ausnahme der Serbischen Erneuerungsbewegung, SPO) an, daß die Minderheiten ein hohes Mass an Selbstverwaltung erhalten sollen, so auch eine Autonomie, dessen Institutionen unter anderem durch die Steuern der Minderheiten finanziert werden sollen. Die Erklärung betont weiterhin einen Schutz der Minderheitensprachen, der mindestens and das Niveau der Verfassung von 1974 reichen soll. Während die Deklaration von einer genauen Formulierung territorialer Autonomie absieht, schlägt sie eine Regionalisierung und Kreation neuer administrativer Einheiten auf Basis der Interessen der nationalen Gruppen vor.¹⁴⁰

Nach dem Sieg der Opposition in der Vojvodina sind bei den Wahlen alle politischen Kräfte, die sich gegen Rechte für Minderheiten und einen extremen Nationalismus

¹³⁸ Milan Milošević, *Politički Vodič kroz Srbiju 2000* (Belgrad 2000), S. 141.

¹³⁹ International Crisis Group, *Serbia's Embattled Opposition*, 30.5.2000.

¹⁴⁰ Project on Ethnic Relations, *Roundtable on Interethnic Relations in Vojvodina*, Vienna, Austria (23-25.9.1999). Communiqué.

vertreten, entkräftet worden. So verlor die zuvor starke Serbische Radikale Partei auf allen Ebenen fast sämtliche Repräsentanten.

Das Ausmass an Autonomie für die Vojvodina und für die Minderheiten, allen voran der Ungarn, wird sich durch das interne Kräfteverhältnis des ehemaligen Oppositionsbündnisses ergeben. Aufgrund des Dialogs zwischen Minderheitenvertretern und ehemaligen Oppositionsparteien bestehen bereits konkrete Vorstellungen, auf deren Basis eine Autonomie für die Provinz und die Minderheiten innerhalb der Vojvodina verhandelt werden kann.

2.5. Minderheitenrechte und Autonomie im Sandžak

Neben der Vojvodina stellt der Sandžak die zweite wichtige multinationale Region Jugoslawiens dar, die nicht ausserhalb der Kontrolle der jugoslawischen bzw. serbischen Regierung steht. Im Gegensatz zur Vojvodina hat der Sandžak im Verlauf der neunziger Jahre erhebliche Spannungen zwischen der muslimisch bzw. bosniakischen¹⁴¹ Minderheit und der serbischen Mehrheit erlebt. Die Region des Sandžak besass innerhalb Jugoslawiens zu keinem Zeitpunkt eine territoriale Autonomie, so daß auch heute die Region nicht so eindeutig umrissen ist, wie diesem für die Vojvodina oder den Kosovo der Fall ist. Von den elf Gemeinden, die gemeinsam den Sandžak bilden, liegen fünf in Montenegro und sechs in Serbien. Die Region ist, trotz einer kleineren albanischen Minderheit, in erster Linie das Siedlungsgebiet der muslimischen Minderheit. Von den 440.000 Einwohnern der Region sind nach der Volkszählung von 1991 253.000 Muslime und 187.000 Serben und Montenegriner.

Aufgrund der nationalistischen Grundstimmung in Jugoslawien gegen Muslime waren die neunziger Jahre von einem feindseligem politischen Klima für die Muslime geprägt. Insbesondere in den frühen neunziger Jahren und während des Bosnienkrieges kam es vereinzelt zu „ethnischen Säuberungen“, in der Provinz. So verliessen zwischen 60.000 und 80.000 Muslime die Region, insbesondere aus den an Bosnien angrenzenden Regionen den Sandžak während des Bosnienkrieges.¹⁴² Weiterhin verliessen 30.000 Muslime vor Beginn der Nato Luftangriffe, aus Angst das der Konflikt in den Sandžak überspringen könnte, die Region.¹⁴³

Die Position der Minderheit

Die politische Landschaft der Muslime des Sandžak ist trotz der relativ geringen Bevölkerungszahl stark zersplittert. Die unterschiedliche Behandlung der Minderheit in Montenegro und Serbien bildet eine Trennlinie. Seit der Machtübernahme des Reformflügels der montenegrinischen Regierungspartei unter Präsident Milo Djukanović sind Muslime in die Regierung integriert und erfahren generell eine besser Behandlung als in Serbien. In Serbien hingegen wurde die grösste Stadt der Region, Novi Pazar, per Notstandsregelung von zentral eingesetzten Vertretern der

¹⁴¹ Nach der Änderung der Eigenbezeichnung der bosnischen Muslime 1993 von Muslime in Bosniaken folgten auch die wichtigsten politischen und sozialen Organisationen des Sandžak. Hier werden beide Bezeichnungen Muslime und Bosniaken gleichwertig benützt.

¹⁴² Spotlight on: Human Rights Violations in Times of Armed Conflict. Belgrade: Humanitarian Law Centre, 1995.

¹⁴³ Zum Status der Sandžak Bosniaken siehe Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, Minorities in Serbia 2000 (Belgrad 2000), S. 96-99.

Sozialisten und JUL regiert, um eine lokale Verwaltung durch muslimische Parteien zu verhindern.¹⁴⁴

Die beiden wichtigsten politischen Vertreter der Minderheiten, Sulejman Ugljanin und Rasim Ljajić gingen beide aus der ehemals dominanten Schwesterpartei der in Sarajevo regierenden SDA hervor. Während Ugljanin eine breit angelegte territoriale Autonomie forderte und zeitweise im Exil in der Türkei leben musste, vertrat Ljajić eine begrenzt regionale Selbstverwaltung und eine Zusammenarbeit mit der serbischen Opposition.¹⁴⁵ Beide politische Führer haben in den vergangenen Jahre Koalitionen mit kleineren politischen Parteien und Organisationen gebildet, so daß das politische Spektrum der serbischen Bosniaken in diese beiden Lager fällt. Neben der Frage der Autonomie spielt auch der Umgang mit den serbischen Institutionen eine Rolle. Während Ugljanin oftmals die grundsätzliche Rechtmässigkeit dieser Institutionen in Frage gestellt hat, optiert Ljajić für einen Wandel durch Partizipation.¹⁴⁶ Seit 1997 ging der Einfluss von Ugljanin zurück und der moderatere Ljajić gewann an Einfluss.¹⁴⁷ Ljajić's Koalition Sandžak gehört dem Bündnis Demokratischer Parteien an und beteiligte sich auch an den Einigungsbemühungen der Serbischen Opposition.¹⁴⁸ Im Sommer 2000 schloss sich erstmals auch Ugljanin der Opposition an und zog seine Kandidatur bei den Wahlen vom 24. September 2000 zurück, um einen Wahlsieg der Opposition zu unterstützen.¹⁴⁹

Nachdem Anfang der neunziger Jahre die Position der muslimischen Minderheit zu einem Boykott des neuen politischen Systems tendierte, spielten die Parteien der Bosniaken des Sandžak, wie ungarischen Parteien der Vojvodina, eine nicht unwesentliche Rolle bei dem Wahlerfolg der Demokratischen Opposition und Vojislav Koštunica's im September 2000. Diese Kooperation, sowie die Akzeptanz der Grenzen Serbiens und das Abrücken von der Maximalforderung einer weitgehenden Autonomie macht das Problem des Sandžak in einem demokratisierten Serbien lösbar.

Die neuen belgrader Regierungsparteien

Während in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die serbische Opposition aufgrund der Akzeptanz der nationalistischen Rhetorik des Regimes kaum Kontakte mit den Muslimen des Sandžak besass und mit Ausnahme kleinerer Parteien, wie der Bürgerallianz Serbiens, eine gesonderte Regelung für die Region ablehnte, änderte sich das Klima in den vergangenen Jahren. Die ehemaligen Oppositionsparteien lehnen weiterhin eine Autonomielösung für die Region ab und betonen, daß die Spannungen im Sandžak in erster Linie auf den Demokratiemangel in Serbien unter Milošević generell und weniger durch inter-ethnische Spannungen bedingt sind. So sieht unter anderen Koštunica das Problem des Sandžak, ähnlich wie für die Vojvodina, als lösbar an und betont die Gemeinsamkeiten der muslimischen und serbischen Bevölkerung der Region. Ähnlich vertreten Goran Svilanović der

¹⁴⁴ Safeta Biševac, Bosniaks in Sandzak and Interethnic Tolerance in Novi Pazar, Nenad Dimitrijević (Hg.) *Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia* (Budapest 2000), S. 387-398.

¹⁴⁵ Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, *Minorities in Serbia 2000* (Belgrad 2000), 99-103; Dženan Rondić, Sandžak. A Geographical and Political Analysis, *South-East Europe Review*, Jhrg. 3, Nr. 1, 2000, S. 132-133.

¹⁴⁶ Siehe RFE/RL Balkan Report, 11.2.2000.

¹⁴⁷ Ugljanin wurde häufig kritisiert durch seine extremen Forderungen die Position Milošević zu stärken. Siehe International Crisis Group, *Sandzak: Calm for Now*, 9.11.1998.

¹⁴⁸ Milan Milošević, *Politički Vodič kroz Srbiju 2000* (Belgrad, 2000), S. 154-155.

¹⁴⁹ FreeB92 News, 28.8.2000; Glas Javnosti, 28.8.2000.

Bürgerallianz und die Demokratische Partei die Position, daß durch eine Stärkung der lokalen Selbstverwaltung in ganz Serbien auch im Sandžak eine Lösung gefunden werden kann.¹⁵⁰ In der Rhetorik des Regimes kurz vor und nach den verlorenen Wahlen im September wurde insbesondere der Sandžak als potentieller Krisenherd genannt. So beschuldigten die Staatsmedien, sowie Slobodan Milošević, die Muslimen des Sandžak der Sezessionsbestrebungen und beschuldigte die Opposition die Muslime hierin zu bestärken.¹⁵¹ Die hierin enthaltene Drohung gegen die Muslime der Region wurden durch den Machtwechsel entkräftet und eine Eskalation in der Region ist infolge der politischen Geschehnisse in Belgrad unwahrscheinlich. Während die Gewichtung innerhalb der DOS noch weitgehend unklar ist, spielt Rasim Ljajić in der Minderheitenpolitik eine wichtige Rolle, insbesondere nachdem er in der neuen jugoslawischen Regierung zum Minister für Minderheitenfragen ernannt wurde.¹⁵²

Lösungsmodelle für den Sandžak

Im Gegensatz zur Vojvodina, aufgrund fehlender historischer Traditionen und der geringen Zahl der Minderheit, ist im Sandžak mit keiner breit angelegten Autonomielösung in Folge der politischen Wende in Serbien zu rechnen. Da wichtige Vertreter der muslimischen Minderheit dies selber nicht einfordern, ist über eine Autonomie der Region kein Konflikt zu erwarten.¹⁵³ Im Program der Demokratischen Opposition wird innerhalb der ersten hundert Tage ein neues Gesetz zur lokalen Selbstverwaltung angekündigt, daß die Strukturen des Staates stark dezentralisieren soll.¹⁵⁴ Ob jedoch lediglich der gleiche Ausmass an Selbstverwaltung für die Gemeinden des Sandžak wie anderswo in Serbien ausreichen wird dürfte bezweifelt werden. Diese potentiellen Spannungen können durch die engen Kontakte der Sandžak Koalition mit der ehemaligen Opposition als lösbar angesehen werden. Die territoriale Komponente nimmt bei der Beilegung der Spannungen in der Region dennoch eine Rolle ein. Da die Region durch die Grenze zwischen Montenegro und Serbien in zwei Hälften gespalten wird, nehmen die zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden Republiken Jugoslawiens eine wichtige Rolle ein. Eine Loslösung Montenegros würde die Positions der Muslime schwächen und wird in Folge von grossen Teilen des Bosniaken des Sandžak abgelehnt. Neben der Regelung der derzeit internen Grenzen Jugoslawiens gilt es auch die Beziehungen der muslimischen Bevölkerung zu Bosnien-Herzegovina zu klären, sowie die muslimische Minderheit anzuerkennen.¹⁵⁵

¹⁵⁰ Die Position der wichtigsten Parteien innerhalb von DOS zum Sandžak sind abgedruckt in Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, *Minorities in Serbia 2000* (Belgrad 2000), S. 103-107.

¹⁵¹ Siehe Internationale Crisis Group, *Yugoslavia Situation Report No. 1*, 4.10.2000; Die Rede von Milošević wurde veröffentlicht in *Beta Daily News*, 3.10.2000; *Politika*, 17-18.9.2000.

¹⁵² Ljajić gehört zu den häufigen Rednern bei Oppositionskundebegungen in Belgrad vor den Wahlen, ein Zeichen, daß die Opposition den Präsidenten einer muslimischen Partei als gleichberechtigt anerkannten. *AFP*, 27.10.2000.

¹⁵³ Auch wenn Ugljanin Koštunica unterstützt hat, gilt es in Erinnerung zu rufen, das der von ihm geführte Bosnische Nationalrat im September 1999 ein Memorandum zur Autonomie des Sandžak verabschiedet hat, daß fordert die Region mit Rechten auszustatten, die einer Republik in Jugoslawien gleichkommen. *Monitor*, 17.9.1999.

¹⁵⁴ *Program Demokratske Opozicije Srbije za Demokratsku Srbiju*, G17plus (Belgrad 2000), S. 8.

¹⁵⁵ Muslime sind eine „neue Minderheit“, da Muslime im ehemaligen Jugoslawien als Nation anerkannt waren und erst durch den Staatszerfall zur Minderheit wurden. Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, *Minorities in Serbia 2000* (Belgrad 2000), S. 106, 117.

2.6. Zusammenfassung

Aufgrund der Vorherrschaft der Sozialistischen Partei und der Dominanz des Nationalismus hat sich im vergangenen Jahrzehnt in Serbien ein Modell extremer Zentralisierung durchgesetzt. Hierbei handelt es sich sowohl um einen staatlichen Zentralismus, der in der Verfassung verankert ist, als auch um die Machtkonzentration in Belgrad durch die Dominanz der SPS. Die Zentralisierung von Kompetenzen hat entscheidend zur Festigung und Fortsetzung des Machterhalts beigetragen, insbesondere nachdem die Opposition 1997 erstmals auf lokaler Ebene politische Macht erringen konnte. Diese Konzentration der Macht betrifft nicht nur die territoriale Ebene, sondern auch die meisten anderen Bereiche öffentlicher Einrichtungen, vom Erziehungssystem zu den Medien. Mit dem Machtwechsel begann ein Aufbrechen dieses Zentralismus. Grund hierfür ist die demokratischere Struktur der meisten Oppositionsparteien, sowie der Umstand, dass keine Oppositionspartei alleine in der Lage sein wird, ein dominantes Machtzentrum aufzubauen. Weiterhin bekennen sich die neuen Regierungsparteien zu einem grösseren Ausmass an Dezentralisierung. Noch lässt sich nur schwer abschätzen, inwieweit die Bestrebungen zu größerer Autonomie in Montenegro und teils auch in der Vojvodina das Ergebnis der Herrschaft Milošević war, oder auch nach einem Machtwechsel in gleichem Ausmass anhalten werden.¹⁵⁶

Zugleich fanden in der Opposition widersprüchliche Entwicklungen statt. Einerseits haben gerade die größeren Oppositionsparteien (DS, SPO) oft nur wenig Sympathie für eine Dezentralisierung gezeigt und sind durch die Übernahme nationalistischer Programmpunkte in der Vergangenheit oft der Rhetorik des Regimes gefolgt. Zugleich sind durch die Erfolge bei den Lokalwahlen 1997 eine Reihe von regionalen Politikern innerhalb der Opposition zu größerem Einfluß gelangt, die auf eine Dezentralisierung der Opposition drängen. Verstärkt wurde dies durch die politische Lethargie in Belgrad in Folge der Proteste 1997/6.¹⁵⁷

Insgesamt ist eine grundlegende Umstrukturierung Serbiens, inklusive einer Dezentralisierung, nach einem Machtwechsel als unausweichlich. Insbesondere die Vojvodina und der Sandžak müssen in eine derartige Umstrukturierung einbezogen werden. Als Vorbild für die Dezentralisierung Serbiens kann Spanien dienen, um durch einen asymmetrischen Föderalismus den unterschiedlichen Regionen gerecht zu werden und neben Minderheiten, historische, geographische und wirtschaftliche Faktoren in die Umgestaltung des Landes miteinzubeziehen.

Die zwei Regionen, die unter Kontrolle der serbischen Regierung stehen, Vojvodina und der Sandžak, können am einfachsten zur Zufriedenheit der Minderheit und Mehrheit gelöst werden. Politische Vertreter der Minderheiten haben als gleichberechtigte Partner am Oppositionsbündnis teilgenommen und gehören somit zu den Gewinnern des Machtwechsels. Die Forderungen der Minderheiten können durch Demokratisierung und Dezentralisierung teilweise gelöst werden. Ein weitere Ebene von besonderem Minderheitenschutz und territorialer Autonomie in der Vojvodina ist wahrscheinlich und stösst nicht auf grundsätzliche Ablehnung der ehemaligen Opposition, auch nicht unter den eher nationalistischen Kräften innerhalb der Koalition. Es herrscht Zweifel an der Notwendigkeit die Beziehungen zu Montenegro grundsätzlich neu zu definieren, was neben der Neugestaltung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Serbien und Montenegro auch einer innermontenegrinischen Identitätsklärung bedarf. Zudem wird in Serbien ein Wandel

¹⁵⁶ So fordern belgrader Intellektuelle oftmals ironisch eine Sezession Belgrads von Milošević.

¹⁵⁷ So nahmen an den Protesten im Herbst 1999 und Mai 2000 in Serbien nur wenige Demonstranten in Belgrad teil, während außerhalb der Hauptstadt Tausende auf die Straßen gingen. International Crisis Group, Serbia's Embattled Opposition, 30.5.2000.

der öffentlichen Meinung nötig sein der dem Montenegro, unabhängig von eignen Präferenzen, die Wahl zur Bestimmung zukünftiger Beziehungen zuerkennt.

Die Beziehungen zwischen Serbien und der Republika Srpska werden stark von der Funktionsfähigkeit Bosniens als einheitlicher Staat abhängen. Die neue Politik Jugoslawiens bzw. Serbiens verfolgt ein Stärkung der Republika Srpska. Obwohl dies dies nicht unbedingt die gemeinsamen Strukturen des bosnischen Staates stärken wird, ist Funktionsfähigkeit der Institutionen der Republika Srpska unablässig für eine Konsolidierung Bosniens. Obwohl der Daytoner Friedensvertrag im Detail die Struktur des Staates, inklusive Verfassung, festgeschrieben hat, wird die Entwicklung der nächsten Jahre zeigen, wie stark dieser Staat sein wird.

Trotz der Diskussionen um den endgültigen Status des Kosovo dürfte die Region über Jahre hinweg unter internationale Verwaltung bleiben. Auch wenn ein Unabhängigkeit der Provinz unausweichlich scheint, wird ein albanisch-serbischer Dialog für eine friedliche Lösung dieses territorialen Konflikts unablässig sein.

Noch sind die territorialen Fragen im ehemaligen Jugoslawien nicht endgültig geklärt. Der friedliche Machtwechsel in Serbien ermöglicht jedoch erstmals eine konstruktive Diskussion, die bereits in den ersten Wochen nach dem Wahlsieg der Opposition begonnen hat.

3. Europäische Politik

Die europäische Politik reagierte schnell und umfangreich auf den Machtwechsel in Serbien am 5. Oktober 2000. Die Geschwindigkeit mit der Serbien, repräsentiert durch den jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica, in internationale Foren einbezogen wurde, überraschte viele Beobachter. Den raschen Kontakte zum neuen Präsidenten gingen jahrelange Unterstützung der Opposition voraus. Insbesondere nach Ende des Kosovo Krieges haben einige europäische Regierungen enge Kontakte mit der Opposition geknüpft und ihr logistische Unterstützung und grosse Geldbeträge zur Verfügung gestellt.¹⁵⁸ Insbesondere Norwegen's Politik gegenüber Serbien und der Opposition wurde häufig von der Opposition, insbesondere von Koštunica, gepriesen. Mit den internationalen Geldern wurden unabhängige Medien, Organisationsen wie Otpor und zuletzt Projekte von G17 gefördert.¹⁵⁹

Stärker als in anderen Staaten Südosteuropas kommt der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten eine besondere Rolle in Serbien und Jugoslawien zu. Aufgrund der führenden Rolle, die die Vereinigten Staaten während des Kosovo-Krieges eingenommen hat, bestehen in Serbien grosse Vorbehalte gegenüber einer aktiven Rolle der USA.¹⁶⁰ Somit werden die europäischen Staaten auch in Zukunft eine wichtige Stellung in der Demokratisierung und im Abbau nationaler Spannungen im ehemaligen Jugoslawien spielen. Neben wirtschaftlichen Aufbauhilfen, gilt es einige aussenpolitische Prioritäten zu setzen, um den Wandel in der Region zu fördern.

Flüchtlingsrückkehr nach Bosnien, Kroatien und im Kosovo

Eines der wichtigsten Komponenten zukünftiger Politik gegenüber Serbien und dem ehemaligen Jugoslawien muss sich mit der Rückkehr der Flüchtlinge bzw. ihrer

¹⁵⁸ Für Deutschland siehe Spiegel, 9.10.2000.

¹⁵⁹ AFP, 7.10.2000; Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000.

¹⁶⁰ So bezeichnete Koštunica die Öffnung eines amerikanischen Büros für Serbien in Budapest wenige Wochen vor den Wahlen als „Todeskuss für die Opposition“. Blic, 17.8.2000. Unter weniger Aufmerksamkeit haben einige amerikansiche Organisationen (National Democratic Institute, Freedomhouse, USAid, u.a.), die teils oder ganz von staatlichen Gelder finanziert werden, serbische Oppositionsparteieien und Organisationen gefördert.

Integration in ihr neues Umfeld beschäftigen. Sowohl Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, wie auch der neue jugoslawische Präsident betonen die Notwendigkeit einer verstärkten Flüchtlingsrückführung.¹⁶¹

Neben moralischen Gründen für eine aktive Rückkehrpolitik sprechen drei weitere Faktoren:

1. Die Wiederherstellung von multinationalen Regionen in Bosnien, Kroatien und im Kosovo signalisiert das Scheitern des Projekts „ethnisch-reiner“, Nationalstaaten. Wenn das neue Zusammenleben unter veränderten politischen Bedingungen gelingt, werden Ängste, die durch extremen Nationalismus geschürt wurden, abgebaut.
2. Die Rückkehr von Flüchtlingen, insbesondere in den Kosovo und nach Kroatien, ist in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Themen nationalistischer Kräfte in Serbien geworden. Eine Rückkehr würde Vorbehalte unter Nationalisten gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft abbauen und nationalistische Argumente entkräften.
3. Die Ansiedlung von Flüchtlingen, oftmals mit negativer Erfahrung interethnischer Beziehungen, in multinationalen Regionen Serbiens (insbesondere Vojvodina) hat das nationale Gleichgewicht empfindlich gestört und nationalistische Kräfte in Serbien (und Montenegro) gestärkt. Ein Rückkehr würde multinationale Regionen entlasten und interethnische Spannungen reduzieren.

Während sich die Flüchtlingsrückkehr in Bosnien im Lauf des Jahres 2000 deutlich beschleunigt hat,¹⁶² gab es bisher keine nennenswerte Rückkehrbewegung in den Kosovo. Hierfür ist zunächst die nach wie vor problematische Sicherheitslage verantwortlich. Zusätzlich sind die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für Serben in den meist ländlichen Enklaven kaum für eine Rückkehr förderlich. Die Abwanderung von Serben aus dem Kosovo begann bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten und hatte stets neben Diskriminierung auch wirtschaftliche Ursachen. Nach dem Machtwechsel und den beginnenden Wirtschaftsreformen in Serbien gestaltet sich eine Rückkehr in den Kosovo weiter nicht attraktiv. Somit gilt es in der europäischen Politik auch eine Integration von Flüchtlingen in die serbische Gesellschaft zu fördern. Flüchtlinge, insbesondere aus Kroatien und Bosnien, blieben in den vergangenen Jahren meist zu gesellschaftlichen Randgruppen in Serbien. Ohne die Rückkehr und/oder Eingliederung von den über 600.000 Flüchtlingen in Serbien besteht eine Zeitbombe, die mittel- und langfristig die Demokratisierung und De-eskalation des Nationalismus behindern kann.

Regionale Kooperation und Grenzenabbau

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, der im Sommer 1999 eingerichtet wurde, kann mit dem Machtwechsel in Serbien die gesamte Zielregion erreichen. Während schnelle und umfangreiche Hilfe für Serbien nach dem Machtwechsel nötig ist, gilt es langfristig regionale Strukturen zu fördern und ein regionales Gleichgewicht herzustellen. In anderen Regionen und Ländern Südosteuropa ist nach der rapiden Hilfe für Serbien die Sorge entstanden, durch den demokratischen Machtwechsel in Serbien wirtschaftlich und politisch vernachlässigt zu werden. Um langfristig ein politisches Klima in Südosteuropa zu verhindern, daß durch Neid und Wettbewerb um eine begrenzte Summe finanzieller Unterstützung geprägt ist, gilt es regionale

¹⁶¹ Interview mit Vojislav Koštunica, 20.7.2000; Interview mit Sonja Biserko (Helsinki Komitee), 19.7.2000.

¹⁶² International Crisis Group, Bosnia's Refugee Logjam Breaks: Is the International Community Ready? 30.5.2000.

Strategien und Kooperation zu fördern. Neben der Reduktion von regionalen Verteilungskonflikten, ist regionale Kooperation auch unerlässlich um die Minderheitenfrage in Zukunft ihrer Brisanz zu rauben.

Heutzutage sind Grenzen in Südosteuropa nach wie vor grosse Hürden, die einen freien Verkehr von Personen und Waren schwer behindern. Diese Rolle von Grenzen hat nicht unerheblich dazu beigetragen, daß das Minderheiten im ehemaligen Jugoslawien die Zugehörigkeit zu neu-entstandenen Staaten nicht akzeptierten. Durch die Reduktion der Bedeutung von Grenzen und den ungehinderten Kontakt von Minderheiten mit ihrem Mutterland können Minderheitenkonflikte langfristig entschärft werden.

Ausbau der Zivilgesellschaft

In den neunziger Jahren wurde der Begriff „Zivilgesellschaft“ oftmals als Zauberformel für demokratischen Wandel in Osteuropa genannt. Die Erfolge der Zivilgesellschaft waren in Osteuropa jedoch unterschiedlich. In Serbien gestaltete sich die Lage in den neunziger Jahre besonders schwierig. Die autoritäre Politik des Regimes gekoppelt mit wirtschaftlichem Niedergang und dem dominanten nationalistischen Diskurs haben den Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen stark eingeschränkt. Trotzdem sind in den neunziger Jahren über 500 Organisationen entstanden.¹⁶³ Während viele Organisationen keinen nennenswerten Einfluss auf die politische Entwicklung Serbiens hatten, haben einige, wie OTPOR oder G17, eine wichtige Rolle beim politischen Wandel gespielt. Mit dem Machtwechsel ist jedoch die Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Organisationen keineswegs beendet, sie beginnt vielmehr erst. Minderheiten- und Menschenrechtsfragen werden auch nach der Demokratisierung eine wichtige Rolle spielen. Da die Regierung nun stärker als das Regime Milošević bereit ist, sich diesen Fragen zu widmen, wird sich auch der Einfluss der jeweiligen Nichtregierungsorganisationen steigern. Auch wird die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der sozialen und wirtschaftlichen Transformation spielen, die erst nach dem Machtwechsel beginnen konnte. Es besteht jedoch die Gefahr, daß mit dem Machtwechsel westliche Geldgeber ihre Unterstützung für diese Organisationen reduzieren. Es muss eine Priorität westlicher Regierungen und Stiftung bleiben, den Aufbau der Zivilgesellschaft in Serbien weiter voranzutreiben und somit zu helfen eine Struktur aufzubauen, die die Demokratisierung und Transformationsprozesse, langfristig stabilisiert.

Integration Serbiens bzw. Jugoslawiens in internationale Strukturen

Nach dem Machtwechsel begann der Prozess der Reintegration Jugoslawiens in internationale Strukturen. Diese Entwicklung muss jedoch über die Integration in internationale Organisationen hinausgehen. Die serbische Gesellschaft war in den neunziger Jahren von europäischen Entwicklungen durch Sanktionen und die Politik des Regimes weitgehend isoliert. Diese Isolation hat die Wirkung des Nationalismus verstärkt und ein tiefes Misstrauen gegenüber Westeuropa und den Vereinigten Staaten hervorgerufen. Die meisten Serben hatten keine Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten und auch der Austausch zwischen Serbien und anderen Ländern war auf ein Minimum reduziert. Nur eine Integration Serbiens, die über die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen hinausgeht, kann dieser Lage entgegenwirken. Somit gilt es auf gesellschaftlicher Ebene Kontakte zu knüpfen, die von einem Ausbau von Städtepartnerschaften, über Studentaustausch und

¹⁶³ Das Centar za Razvoj Neprofitnog Sektora hilft und dokumentiert den Aufbau der Zivilgesellschaft.

wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu grenzüberschreitenden Regionen reichen und Serbien erneut in Europa integriert.

Aufbereitung der jüngsten Vergangenheit

Die Verbrechen, die während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien begangen wurden, müssen aufbereitet und offen diskutiert werden. Die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen ist hierbei nur eine Komponente. Vielmehr gilt es einen breit angelegten Prozess des Dialogs und Versöhnung zu initiieren. Obwohl die Initiative in erster Linie von Serbien und den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien selber kommen muss, kann die internationale Staatengemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. Insbesondere die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich und Deutschland, können durch die eigene Erfahrung mit Versöhnung nach dem 2. Weltkrieg eine Vorbildfunktion erfüllen.¹⁶⁴ Neben Unterstützung für die strafrechtliche Verfolgung können die Staaten Westeuropas diesen Prozess auf vielfältige Weise fördern.¹⁶⁵

4. Schlussfolgerungen

Nach dem Machtwechsel in Serbien und Jugoslawien im Oktober 2000 hat sich die Rolle des Nationalismus grundlegend geändert. Mit der Entmachtung Miloševićs ist die Gefahr von nationalistisch legitimierten bewaffneten Konflikten in Südosteuropa weitgehend gebannt. Nicht nur das Ende der Ära Milošević, sondern auch der Tod Tudjmans und der folgende Machtwechsel in Kroatien, haben das politische Klima im ehemaligen Jugoslawien grundlegend verändert. Zahlreiche territoriale und Minderheitenfragen sind jedoch weiterhin offen und können, wie aufgezeigt, meist nicht ohne Schwierigkeiten beigelegt werden. Es wird auch vom Erfolg der Transformation in Serbien abhängen, ob die Gefahr einer nationalistischen Mobilisierung endgültig gebannt ist. Charakteristisch für die Zeit nach Milošević ist nicht ein Ende des Nationalismus in Serbien sondern eine Neugewichtung seiner Bedeutung. Bereits vor den Wahlen im September 2000 änderten sich die gesellschaftlichen Prioritäten in Serbien, was letztendlich den Ausgang der Wahlen ermöglichte. Während wirtschaftliche und soziale Fragen in Serbien im Vordergrund stehen besteht die Möglichkeit einer Transformation des Nationalismus selbst. Diese Neugewichtung wird sich stärker auf den Aufbau eines Nationalstaates im Rahmen der Republik Serbien beziehen und weniger Gewicht auf die Integration von Serben ausserhalb des Staatsgebietes legen.¹⁶⁶ Hierbei stellt sich in Serbien, ähnlich wie in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, die Herausforderung eine moderne Staat zu schaffen, der allen Bürgern eine Heimat bietet. Obwohl dieser Wandel in Ansätzen bereits begonnen hat, bestehen zahlreiche Widerstände, die nur durch regionale Integration und die Stabilisierung der Region insgesamt abgebaut werden können.

¹⁶⁴ Florian Bieber, *Pomirenje u bivšoj Jugoslaviji. Slučajevi Francuske i Nemačke kao Modeli*, Aleksandar Fatić (Hg.) *Problemi Srpske Politike* (Belgrade 2000), S. 92-111.

¹⁶⁵ Konkrete Massnahmen können Schulbuchkommissionen, wissenschaftlichen Austausch zwischen den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, Kontakte zwischen Kriegsopfern und Kriegsveteranen umfassen.

¹⁶⁶ Diese soll nicht bedeuten, daß der Status der Serben in Bosnien, Kroatien, sowie möglicherweise auch im Kosovo keine innenpolitische Bedeutung haben wird. Vielmehr wird die Problematik, vergleichbar mit Ungarn zum Beispiel, auf die Frage von Minderheitenschutz und politischen Rechten der Serben in den jeweiligen Staaten konzentrieren.

5. Literaturverzeichnis

Ágoston, András, The Autonomy Conception of the Hungarian Democratic Community of Vojvodina General Principles for Analysis, Vilmos Ágoston, Autonomy. Challenge and/or Solution (Budapest 1994), S. 39-44.

Anastasijević, Dejan, Out of Time. Drašković, Djindjić and the Serbian Opposition against Milošević (Prag und London 2000).

Banac, Ivo, The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics (Ithaca 1988).

Bataković, Dušan, *Cantonization of Kosovo-Metohija. A Proposal* (1998).

Bataković, Dušan, The Serbs in Kosovo-Metohija. War, International Protectorate and National Catastrophe, Eurobalkans (Autumn/Winter 1999), S. 35.

Bieber, Florian, 'Pomirenje u bivšoj Jugoslaviji. Slučajevi Francuske i Nemačke kao Modeli,' Aleksandar Fatić (Hg.) *Problemi Srpske Politike* (Belgrade 2000), S. 92-111.

Bieber, Florian, Failed Transition and the Multiple Legitimacy Crisis of Post-1992 Yugoslavia, 2nd Kokkalis Workshop, Harvard, Februar 2000.

Biševac, Safeta, Bosniaks in Sandzak and Interethnic Tolerance in Novi Pazar, Nenad Dimitrijević (Hg.) *Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia* (Budapest 2000), S. 387-398.

Boarov, Dimitrije, Dug put do autonomije, Helsinška Povelja, September 2000.

Brkić, Miša, Some Other Serbia: Group G 17 Plus, AIM Podgorica, 28.6.2000.

Buxbaum, Jürgen, The War in Yugoslavia and its Consequences for Bosnia and Herzegovina and the Balkans, Southeast Europe Review, Jhrg. 2, Nr. 2, 1999, S. 9-14.

Cvejić, Slobodan, Babović, Marija, The Survival Strategies of Households in Serbia in the Year 2000 (Belgrad 2000).

Cvijanović, Željko, Banja Luka rails against 'Milošević Plant' IWPR Balkan Crisis Report, No. 144, 31.5.2000.

Cvijanović, Željko, Provincial Resistance, IWPR Balkan Crisis Report, No. 156, 14.7.2000.

Cvijanović, Željko, Republika Srpska Politicians and Milosevic, AIM Banja Luka, 7.10.2000.

Derens, Jean-Arnault, Lendemain amers pour les orphelins de la 'Grande Serbie', *Le Monde Diplomatique* (November 1997), S. 14-15.

Dimitrijevic, Nenad, Words and Death: Serbian Nationalist Intellectuals, Andras Bozoki (Hg.) *Intellectuals and Politics in Central Europe* (Budapest 1999) S. 119-148.

Djuranovic, Drasko, Montenegro and Federal Elections: Debacle of Momir Bulatovic, AIM Podgorica, 25.9.2000.

Freeman, Oliver, La Société, cette Grande Absente. Essai Critique sur les Analyses Occidentales du Nationalisme Post-Communiste, *Balkanologie*, Jhrg. 1, Nr. 1 (Juli 1997), <http://www.chez.com/balkanologie/voli101.htm>.

G17plus, Bela Knjiga Miloševićeve Vladavine (Belgrad 2000).

- Galbraith, Kate, „Student Movement in Serbia Faces Apathy and Dissapointment“, *The Chronical of Higher Education*, 9.1.1998, S. A59.
- Gellner, Ernst, *Nations and Nationalism* (Oxford 1993).
- Goati, Vladimir, *Izbori u SRJ od 1990. do 1998. Volja Gradjana ili Izborna Manipulacija* (Belgrad 1999).
- Guzina, Dejan, *The Vojvodina Hungarians and the Sanjak Muslims: Repression and Response, Analysis of Current Events May 2000*, Vol. 12, Nr. 3, 6-8.
- Haye, Jos de la, *Les élections municipales peuvent-elles rompre le pouvoir informel des partis nationalistes? Rapport 1* (März 2000), Center for Peace Research, K.U Leuven.
- Helfant Budding, Audrey, *Serb Intellectuals and the National Question, 1961-1981. Unveröffentlichte Dissertation, Harvard* (Cambridge, Mass. 1998).
- Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, *Minorities in Serbia 2000* (Belgrad 2000).
- Ilić, Vladimir, *Srpska Opozicija tko i posle NATO bombardovanja, Sonja Biserko* (Hg.) *Potencijal za Promene. Helsinške Sveske 2* (Belgrad 2000), S. 86-135.
- Independent International Comission on Kosovo, *The Kosovo Report. Conflict, International Response, Lessons Learnt* (Oxford, 2000).
- International Crisis Group, Sandzak: Calm for Now, 9.11.1998.
- International Crisis Group, Montenegro: In the Shadow of the Volcano, 21.3.2000.
- International Crisis Group, Bosnia's Refugee Logjam Breaks: Is the International Community Ready?, 30.5.2000.
- International Crisis Group, Serbia's Embattled Opposition, 30.5.2000.
- International Crisis Group: Bosnia's Municipal Elections 2000: Winners and Losers, 27.4.2000.
- International Crisis Group, Current Legal Status of the Federal Republic of Yugoslavia (FRY) and Serbia and Montenegro, 19.9.2000.
- International Crisis Group, Yugoslavia Situation Report No. 1, 4.10.2000
- International Crisis Group, Balkans Briefing: Reactions in Kosovo to Koštunica's Victory, 10.10.2000.
- Janjić, Dušan, *Velike Iluzije, Monitor*, 15.9.2000.
- Korhecz, Tamas, *Subotica-Haven of Multicultural Coexistence, Nenad Dimitrijević* (Hg.) *Managing Multiethnic Local Communities in the Countries of the Former Yugoslavia* (Budapest 2000), S. 411-428.
- Koštunica, Vojislav, *Postface. Naissance de la République Serbe, in Alksa Buha, Argument en Faveur de la République Serbe* (Lausanne 1999), S. 123-127.
- Kummer, Anton, Polzer-Srienz, Mirjam, Polzer, Miroslav F., *Politische Ordnungsvorstellungen der Regierungs- und Oppositionsparteien Serbiens Sowie einiger Ausgewählter Serbischer und Albanischer Gruppierungen, Josphe Marko* (Hg.), *Gordischer Knoten Kosovo/a: Durchschlagen oder Entwirren* (Baden-Baden 1999), S. 27-45.

- Kusovac, Zoran, Serbia's Inadequate Opposition, *Jane's Intelligence Review*, 27.7.2000.
- Lutovac, Zoran, The Participation of Minorities in Public Life, in Vladimir Goati (Hg.) Elections to the Federal and Republican Parliaments of Yugoslavia (Serbia and Montenegro) 1990-1996 (Berlin 1998), S. 126-139.
- Masson, Diane, Le Mémorandum de l'Académie serbe des sciences et des arts de 1986. Tentative de reconstitution d'un prodrome au conflit dans l'ex-Yougoslavie. Discussion Paper Series 47. Collegium Budapest (Budapest 1998).
- Mertus, Julie, Kosovo. How Myths and Truths Started the War (Berkely, Los Angeles und London, 1999).
- Mihailovic, Kosta, Krestic, Vasilije, Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste (Belgrad 1996).
- Mihailović, Srećko (Hg.), Javno Mnenje Srbije. Između razočarenja i nade (Belgrad 2000).
- Mijatović, Boško, Popović, Dragoljub, Samardžić, Slobodan, Zajednica Srbije i Crne Gore. Predlog ustavne rekonstrukcije SR Jugoslavije (Belgrad 2000).
- Milošević, Milan, Die Parteienlandschaft Serbien (Berlin 2000).
- Milošević, Milan, Politički Vodič kroz Srbiju 2000 (Belgrad 2000).
- Pavković, Aleksandar, Intellectual Dissidence and the Serbian National Question, Aleksandar Pavković, Halyna Koscharsky und Adam Czarnota, (Hg.) Nationalism and Postcommunism. A Collection of Essays (Aldershot 1995), S. 121-140 .
- Pesic, Vesna, Serbian Nationalism and the Origins of the Yugoslav Crisis, USIP Working Paper (April 1996).
- Political Team 2000, Newsletter 13/2000.
- Popov, Nebojša (Hg.), Gradjanski Parlament Srbije, Pravac Promena (Belgrad 2000).
- Ramac, Mihajlo, Vojvodina Opposition Plans Cautious Campaign, IWPR Balkan Crisis Report, No. 162, 4.8.2000.
- Ramet, Sabrina P., *Nationalism and federalism in Yugoslavia, 1962-1991*. (Bloomington 1992).
- Rondić, Dženan, Sandžak. A Geographical and Political Analysis, South-East Europe Review, Vol 3, Nr. 1, 2000, 132-133.
- Rusovac, Olivija, Non-Governmental Organisations in Serbia. In Search of Identity, AIM Podgorica, 19.9.1999.
- Savić, Obrad, „Die Parallele Welt. Die Belgrader NGO-Szene,“ in: Irin Šlosar (ed.) Verschwiegenes Serbien. Stimmen für die Zukunft (Klagenfurt 1997), S. 41-54.
- Socijologija, Vol 60, Nr. 4 (Oktober-Dezember 1998).
- Spotlight on: Human Rights Violations in Times of Armed Conflict. *Belgrade: Humanitarian Law Centre, 1995*.
- Thomas, Robert, The Politics of Serbia in the 1990s (London 1999).
- Une Autre Serbie, Les Temps Modernes, Jhrg. 49, Nr. 570-571 (1994).

United Nations, Economic and Social Council, Elisabeth Rehn, Situation of Human Rights in the Territory of the former Yugoslavia. Special Report on Minorities. E/CN.4/1997/8 (25.10.1996).

Vasovic, Milenko, Belgrade Students Lead Resistance to Bad Government, IWPR Balkan Crisis Report, Nr. 79, 28.9.1999.

Vujacic, Veljko, Institutional Origins of Contemporary Serbian Nationalism, East European Constitutional Review, Vol. 5, Nr. 4, Herbst 1996, S. 51-61.

Vukomanović, Dijana, Nastanak Političkih Partija, Vladimir Goati (Hg.), Partijski Mozaik Srbije, 1990-1996 (Belgrad 1997), S. 29-39.

Erklärungen und Programme

Hungarian Autonomy – The Position of the DCHV on Autonomy, 25.4.1992, Selected documents of the Democratic Community of Hungarians in Voivodina (DCHV), Novi Sad 1994.

Koštunica, Vojislav, DSS Statement of the President, 6.8.1999.

Kouchner Amputates Kosovo, Information Service of the Democratic Party of Serbia, 7.4.2000.

Otpor Press Release, 6.11.1998.

Otpor, Declaration on the future of Serbia, 25.8.1999.

Presskonferenz der DSS (Vize-Präsident Dušan Budisin), 3.4.2000.

Program Demokratske Opozicije Srbije za Demokratsku Srbiju, G17plus (Belgrad 2000).

Project on Ethnic Relations, Roundtable on Interethnic Relations in Vojvodina, Vienna, Austria (23-25.9.1999). Communiqué.

Proposal for the Change of the Constitutional Status of the Autonomous Provinc of Vojvodina (29.1.1997).

SVM, Proposal for an Agreement on the Self-Organization of Hungarians in the Vojvodina—The Concept of the Alliance of Hungarians in the Vojvodina (18.1.1996)

Zeitschriften und Nachrichtendienste

AFP

AP

Beta News

Blic

Borba

Danas

Ekstra Magazin

Financial Times

FreeB92 News

Glas Javnosti

Glas Nedelje
Independent
Neue Züricher Zeitung
New York Times
NIN
Politika
Reporter
Republika
RFE/RL Balkan Report
Spiegel
SRNA
Vreme
Vreme News Digest Agency

Interviews

Biserko, Sonja, 19.7.2000.
Homen, Slobodan, 21.7.2000.
Jovanović, Milja, 25.7.2000.
Koštunica, Vojislav, 21.5.1998.
Koštunica, Vojislav, 20.7.2000.
UNMIK Vertreter, April 2000.

Anhang: Die wichtigsten Parteien und Gruppierungen Serbiens

Koalition	Partei / Organisation	Vorsitzender	Internet Adresse
<i>Demokratska Opozicija Srbije</i> (DOS), Demokratische Opposition Serbiens			www.dos.org.yu
	Socijaldemokratija (SD), Sozialdemokratie	Vuk Obradović	www.socijaldemokratija.org.yu
	Pokret za Demokratsku Srbiju (PDS), Bewegung für ein Demokratisches Serbien	Momčilo Perišić	www.pokret.org.yu
	Srpski Pokret Otpora (SPOT), Serbische Widerstandsbewegung	Momčilo Trajković	-
	Koalicija Vojvodina (KV), Koalition Vojvodina	Dragan Veselinov	www.koalicijavojvodina.org.yu
	Demokratska Stranka Srbije (DSS), Demokratische Partei Serbiens	Vojislav Koštunica	www.dss.org.yu
<i>Savez za Promene</i> (SZP), Bündnis für den Wandel			www.szp.org.yu
	Demokratska Stranka (DS), Demokratische Partei	Zoran Djindjić	www.ds.org.yu
	Demohrišćanska Stranka Srbije (DHSS), Christdemokratische Partei Serbiens	Vladan Batić	www.dhss.org.yu
	Nova Srbija (NS), Neues Serbien	Velimir Ilić, Milan St. Protić	www.nova-srbija.org.yu
	Gradjanski Savez Srbije (GSS), Bürgerallianz Serbiens	Goran Svilanović	www.gradjanskisavez.org.yu
	Asocijacija Slobodnih I Nezavisnih Sindikata (ASNS), Vereinigung Freier und Unabhängiger Gewerkschaften	Dragan Milovanović	www.asns.org.yu
	Ekonomski Tim	Dragoslav Avramović	-
<i>Koalicija DAN</i> , Koalition DAN			www.dan.org.yu
	Demokratski Centar (DC), Demokratisches Zentrum	Dragoljub Mićunović	www.dc.org.yu
	Nova Demokratija (ND), Neue Demokratie	Dušan Mihajlović	www.novademokratija.org.yu
	Demokratska Alternativa (DA), Demokratische Alternative	Nebjoša Čović	www.da.org.yu
<i>Savez Demokratskih Partija</i> , Bündnis Demokratischer Parteien			

	Reformisti Vojvodine - Socijaldemokratska Partija, (RDSV), Reformisten der Vojvodina – Sozialdemokratische Partei	Miodrag Isakov	www.rdsv.org.yu
	Liga Socijaldemokrata Vojvodine (LSV), Sozialdemokratische Liga der Vojvodina	Nenad Čanak	www.lsv.org.yu
	Savez Vojvodjanskih Madjara (SVM), Vereinigung der Vojvodina Ungarn	Joszeff Kasza	www.vmsz.org.yu
	Socijaldemokratska Unija (SDU), Sozialdemokratische Union	Žarko Korać	www.sdu.org.yu
	Koalicija Šumadija, Koalition Šumadija	Branislav Kovačević	-
	Koalicija Sandžak, Koalition Sandžak	Rasim Ljajić	-
<i>Ehemalige Regierungsparteien</i>			
	Socialistička Partija Srbije (SPS), Socialistische Partei Serbiens	Slobodan Milošević	www.sps.co.yu
	Srpska Radikalna Stranka (SRS), Serbische Radikale Partei	Vojislav Šešelj	-
	Jugoslavenska Levica (JUL), Vereinigte Jugoslawische Linke	Ljubiša Ristić, Mira Marković	www.jul.org.yu
<i>Andere Parteien</i>			
	Srpski Pokret Obnove (SPO), Serbische Erneuerungsbewegung	Vuk Drašković	www.spo.org.yu
<i>Andere Organisationen</i>			
	Otpor, Widerstand	-	www.otpor.com , www.otpor.net
	G17/G17Plus	Mladjan Dinkić	www.g17.org.yu
	Centar za Slobodne Izbore I Demokratiju (CeSID), Zentrum für Freie Wahlen und Demokratie	Slobodanka Nedović	www.cesid.org
	Helsinški Odbor za Ljudska Prava u Srbiji, Helsinki Komitee für Menschenrechte in Sebrien	Sonja Biserko	www.helsinki.org.yu